

Ulrich Klöti
Peter Knoepfel
Hanspeter Kriesi
Wolf Linder
Yannis Papadopoulos

**Handbuch
der Schweizer Politik**
Manuel de la politique suisse

NZZ Verlag

3.1 Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien

Andreas Ladner,
Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern

Inhaltsverzeichnis

1	Parteienforschung und Parteienliteratur	214
2	Das Schweizer Parteiensystem	216
3	Entstehung und Entwicklung der Schweizer Parteien	227
4	Die Parteiorganisationen	237
5	Die Basis der Parteien	243
6	Schlussbemerkung und Ausblick	248

1 Parteienforschung und Parteienliteratur

Parteienforschung in der Schweiz

Lange Zeit haben die Schweizer Parteien als Bestandteil des «Sonderfalls Schweiz» gegolten. Verwiesen wurde dabei auf die durch die direkte Demokratie bedingte, im Vergleich zu Abstimmungen geringere Bedeutung von Wahlen und die durch den ausgeprägten Föderalismus verursachte Bedeutungsverlagerung zu den Kantonalparteien. Im Hinblick auf die Funktionen der Parteien wie etwa die Rekrutierung von Mandatsträgern, die Aggregation von Interessen und die Politikformulierung bestehen jedoch im Vergleich zu anderen Ländern ebenso wenig grundsätzliche Unterschiede wie bezüglich der schon seit Jahrzehnten vorgebrachten Parteienkritik und dem Beklagen der «Krise der Parteien».

Seit den Arbeiten von Gruner (1969, 1977) sind die politischen Parteien in der Schweiz kaum mehr Gegenstand der politikwissenschaftlichen Forschung gewesen. Eine eigentliche Parteienforschung, wie sie beispielsweise Deutschland oder Österreich kennen, ist hierzulande noch weitgehend inexistent. Entsprechend sind die tiefgreifenden Auswirkungen des sozialen Wandels, die seit den siebziger Jahren die politischen Parteien erfasst haben, kaum thematisiert, geschweige denn systematisch analysiert worden, und die Datenlage über die nationalen Parteien und die zahlreichen Kantonalparteien ist äusserst unbefriedigend.

Insgesamt haben sich jedoch die Voraussetzungen für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den politischen Parteien in den letzten Jahren entscheidend verbessert. Seit 1967 veröffentlicht das «Année politique suisse» eine immer umfassender werdende Übersicht über die wichtigsten Ereignisse und Entwicklungen im Parteiensystem und in den Parteien. Die UNIVOX-Studien ermöglichen es, Stellung und Verankerung der Parteien in der Bevölkerung nachzuzeichnen und auch die gepoolten Datensätze der VOX-Analysen erlauben vertiefende Analysen (vgl. Kriesi 1993; Armingeon 1995) über die Zeit hinweg. Die grössten Fortschritte sind jedoch in der Wahlforschung zu verzeichnen. Das Bundesamt für Statistik hat grosse Anstrengungen unternommen, die Darstellung der Wahlergebnisse in Bund und Kantonen rückwirkend zu vereinheitlichen (Bundesamt für Statistik 1995), und mit der erstmals unter dem Titel «Selects» durchgeführten Untersuchung der Nationalratswahlen 1995 (Farago 1996; Kriesi et al. 1998) sind Daten erhoben worden, die nicht nur ambitioniertere Analysen (Armingeon 1998; Kriesi 1998; Linder 1998; Nabholz 1998), sondern auch Rückschlüsse auf kantonale Unterschiede erlauben (vgl. z. B. Klöti 1998).

Standardwerke der Schweizer Parteienforschung sind nach wie vor die 2.

überarbeitete Auflage von Gruners «Die Parteien in der Schweiz» (1977) sowie die Veröffentlichung von Kerr (1987). In den achtziger Jahren geben die Beiträge im Jahrbuch der Schweizer Vereinigung für Politische Wissenschaft unter dem Titel «Bewegungen und Parteien» (1986) und der Artikel von Klöti/Risi (1988) einen Einblick in den Wandel und die Probleme der Parteien. Für grundlegendere wissenschaftliche Erkenntnisse zu den Parteien lohnt es sich zudem, die entsprechenden Kapitel in den Lehrbüchern von Kriesi (1995) und Linder (1999) zu konsultieren. Neuere Arbeiten, die sich mit spezifischeren Aspekten der Parteien auseinandersetzen, sind: Papadopoulos (1991) über die Rolle der kleineren Parteien in der direkten Demokratie, Hug (1996) über die Entstehung neuer Parteien, Geser (1997) über konfessionelle Einflussfaktoren, was die Organisation und Aktivitäten der Lokalparteien angeht und (Ladner/Brändle 1997) über den Einfluss der direkten Demokratie auf die politischen Parteien.

Grössere empirische Untersuchungen, die sich in jüngerer Zeit mit den Parteien befasst haben, konzentrieren sich auf die Parteieliten; sei dies speziell auf die Frauen (Ballmer-Cao/Wenger 1989), die «mittleren Parteikader» (Ayberk et al. 1991; Finger/Sciarini 1991) oder die Parteivertreter in der Bundesversammlung (Liebig 1997). In einem breit angelegten Nationalfondsprojekt wurden weiter die Lokalparteien untersucht (Ladner 1991; 1996; 1997; Geser et al. 1994). In Anlehnung an das Katz/Mair-Projekt (vgl. nächster Abschnitt) befasste sich zudem ein Nationalfondsprojekt mit dem Wandel der kantonalen und nationalen Parteiorganisationen (NF 12-41891.94). Erste Ergebnisse dieses Projekts finden sich auch in dieser Übersicht.

Parteienforschung international

Die internationale Literatur über politische Parteien und Parteiensysteme ist in den letzten Jahrzehnten in einem nicht mehr überblickbaren Ausmass angewachsen. Der umfassende Literaturbericht von Bartolini et al. (1998) führt für den Zeitraum von 1945 bis 1994 nicht weniger als 12'000 Titel auf, wovon 7000 in der Zeit nach 1980 erschienen sind (vgl. auch Caramani/Hug 1998). Dennoch zeigen sich, was die wegleitenden Klassiker¹ und vor allem auch was die zentralen Fragestellungen angeht, Ansätze einer paradigmatischen Verfestigung:

- Auf der Ebene der Parteiensysteme wird seit 30 Jahren darüber debattiert, ob die Parteiensysteme tatsächlich auf den Konfliktlinien der zwanziger Jahre «eingefroren» sind, wie dies im bahnbrechenden Werk von Lipset/Rokkan (1967) behauptet wird, oder ob sich ein Abschwächen der strukturierenden Wirkung dieser Konflikte respektive eine Neuorientierung entlang neuer Konfliktlinien abzeichnet.

- Auf der Ebene der Parteiorganisationen stellt sich die schon bei Michels (1925) hervorgetretene Frage, wie sich organisationelle Ziele und Machtansprüche im Verhältnis zu inhaltlichen Anliegen verhalten und entwickeln. Im Gefolge der «End of Ideology-Diskussion» hat vor allem Kirchheimer (1965) diesen Gedanken aufgenommen und mit seinem Modell der «catch-all party» eine Verlagerung hin zur Wählerstimmenmaximierung und zuletzt einer klaren ideologischen Positionierung prognostiziert. In dieselbe Richtung zielen auch die neueren Konzepte der «professional electoral party» (Panbianco 1988) und der «cartel party» (Katz/Mair 1995).

Wichtige Impulse für die Parteienforschung sind in den letzten Jahren vor allem von international vergleichenden Forschungsprojekten ausgegangen, in welchen die Schweiz in den meisten Fällen nicht vertreten war. Es sind dies namentlich: das Projekt «Mittlere Führungsschichten politischer Parteien», welches sich mit der soziostrukturellen Zusammensetzung, dem Karriereverlauf, den politischen Einstellungen und Aktivitäten der mittleren Führungsschichten befasste (Reif 1978; Niedermayer/Schmitt 1983; Reif/Cayrol/Niedermayer 1980; Schmitt 1984), die Arbeiten der «Manifesto Research Group» des «European Consortium for Political Research» (ECPR), in deren Mittelpunkt die quantitative Analyse von Wahlprogrammen und Regierungserklärungen der Parteien stand (Budge/Robertson/Hearl 1987), das Parteiorganisationen-Projekt des ECPR unter der Leitung von Richard S. Katz und Peter Mair, das in vergleichender Perspektive versuchte, den Wandel der Parteiorganisationen zu erfassen (Katz/Mair 1992a, 1994) und schliesslich das «Beliefs in Government-Projekt» der «European Science Foundation» (ESF), welches sich mit dem Wandel der Beziehung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat befasste und dabei auch auf die Rolle der Parteien einging (vgl. v. a. Klingemann/Fuchs 1995).

Zahlreiche in vergleichender Perspektive interessante Aspekte über Parteien und Parteiensysteme mit Schwerpunkt Europa vermitteln schliesslich die verschiedenen und z. T. immer wieder neu aufgelegten «Textbooks». Zu nennen sind hier vor allem Smith (1989), Kriesi (1994), Lane/Ersson (1994; 1996) und Gallagher et al. (1995).

2 Das Schweizer Parteiensystem

Zwei Aspekte des Schweizer Parteiensystems gilt es – vor allem auch im internationalen Vergleich – besonders hervorzuheben: es sind dies die Vielzahl von Parteien und die vergleichsweise grosse Stabilität, was die Kräfteverhältnisse anbelangt. Das Zusammentreffen dieser beiden Merkmale ist von grossem Interesse, weil die Parteienforschung vor dem Hintergrund der Erfahrungen

Deutschlands in der Weimarer Republik, der Vierten Republik in Frankreich und Italiens in der Nachkriegszeit Mehrparteiensysteme im Gegensatz zu Zweiparteisystemen vom Typ Grossbritanniens lange Zeit als tendenziell instabil betrachtet hat (vgl. Mair 1990: 18).

Eine Vielzahl von Parteien

Charakteristisch für die Schweiz ist die grosse Zahl der Parteien. Anlässlich der Nationalratswahlen 1995 wurden mit FDP, CVP, SVP, SPS, LPS, CSP, GPS, GBS, LdU, EVP, PdA, FRAP, EDU, FPS, SD und Lega nicht weniger als 16 Parteien in den Nationalrat gewählt². Nach den ersten Proporzahlen 1919 waren es, abgesehen von den 7 Sitzen von Splittergruppen, lediglich die sechs Parteien FDP, CVP, SVP, SPS, LPS und EVP (vgl. Bundesamt für Statistik 1989: 89). Zu dieser «horizontalen Fragmentierung» gesellt sich zudem eine ausgeprägte Segmentierung auf der vertikalen Dimension, in den Kantonen und Gemeinden.

In den 26 Kantonen bestehen zur Zeit über 180 kantonale Parteien. Dabei handelt es sich zwar vorwiegend um Sektionen nationaler Parteien, sie operieren jedoch meist relativ unabhängig von ihrer Bundespartei und lassen sich teilweise nur schwer auf eine gemeinsame politische Linie verpflichten. Dies führt nicht selten zu Abstimmungsparolen, die von der Bundespartei abweichen.

Die Analysen der nationalen Abstimmungen zwischen 1970 und 1987 von Hug (1994: 91) zeigen beispielsweise, dass es unter den vier Bundesratsparteien bei der SP am wenigsten oft zu umstrittenen Abstimmungsparolen kommt, welche die Kantonalparteien zur Herausgabe von abweichenden Parolen veranlassen, und dass die kleineren Parteien geschlossener auftreten. Auch ist nicht für alle kantonalen Parteien die Politik auf nationaler Ebene gleichermassen zugänglich und bedeutungsvoll. Zahlreiche von ihnen sind zwar einer nationalen Parteiorganisation angeschlossen, haben jedoch aufgrund ihrer Wählerstärke und der ihrem Kanton zustehenden Zahl an Sitzen kaum Aussichten, einen Sitz im Nationalrat zu gewinnen oder innerhalb der nationalen Partei anteilmässig eine wichtige Rolle zu spielen.

Auf Gemeindeebene bestehen zudem gegen 6000 lokale Parteiorganisationen (vgl. Ladner 1991: 132). Rund 70 Prozent sind Lokalsektionen der vier Bundesratsparteien, knapp 15 Prozent sind Sektionen von Parteien, die auch auf nationaler Ebene vertreten sind, und bei den restlichen 15 Prozent handelt es sich um Wähler- und Bürgervereinigungen, Orts- und Gemeindevereine, grün-alternative Gruppierungen und Parteien regionaler Bedeutung. Bei den überlokal organisierten Parteien gilt, analog zum Verhältnis Kantonalpartei-nationale Partei, dass die Beziehungen zur Kantonalpartei nicht allzu eng sind

und dass sich die Gruppierungen keinesfalls lediglich als Filialen der Kantonalparteien verstehen³.

Ursächlich für diese grosse Fragmentierung und Segmentierung des Schweizer Parteiensystems sind strukturelle und kulturelle Charakteristiken des Landes sowie Eigenheiten des politischen Systems:

- Aufgrund der grossen sprachregionalen und konfessionellen sowie ganz allgemein sozialen und kulturellen *Heterogenität* ist ein ausdifferenziertes System von Parteien entstanden. Es kann als grosse Integrationsleistung gewertet werden, dass sich das Parteiensystem nicht noch zusätzlich entlang den sprachlichen Cleavages organisiert hat⁴. Zwar vermochten die Parteien mit Ausnahme von FDP, CVP und SP nicht in gleichem Masse in allen Sprachregionen Fuss zu fassen, es gibt jedoch keine Parteiströmung, die organisatorisch etwa in eine französisch- und eine deutschsprachige Partei getrennt ist⁵.
- Die staatliche Dezentralisierung, insbesondere der *Föderalismus* und die *Gemeindeautonomie*, stärkt die Bedeutung und vergrössert die Verschiedenartigkeit der politischen Systeme auf subnationaler Ebene. Entsprechend haben sich in den Kantonen und Gemeinden eigenständige, den lokalen Verhältnissen Rechnung tragende Parteiensysteme herausgebildet.
- Für die Gestalt und Zusammensetzung des Parteiensystems von grosser Bedeutung ist weiter das Wahlsystem. Im Gegensatz zum Majorzverfahren garantiert das *Proporzwahlverfahren* nicht nur eine bessere Berücksichtigung der politischen Kräfteverhältnisse, sondern erhöht auch die Zugangschancen für kleinere Parteien und fördert damit die Entstehung neuer Parteien⁶. Empirisch lässt sich der Einfluss des Wahlverfahrens auf die Zahl der politischen Gruppierungen vor allem auf Gemeindeebene belegen. In Gemeinden, in denen das Proporzwahlverfahren zur Anwendung kommt, sind in der Regel mehr politische Gruppierungen organisiert (vgl. Ladner 1991: 169 ff)⁷.
- Das System der *direkten Demokratie* hat viel zur frühen Herausbildung der politischen Parteien in der Schweiz beigetragen (vgl. Gruner 1977: 25ff). Heute noch fördert die direkte Demokratie vor allem die kleineren Parteien, sei es dadurch, dass sie direkt zur Formierung von neuen Parteien beiträgt, sei es dadurch, dass die Überlebenschancen kleinerer Parteien verbessert werden. Aber auch die grossen bürgerlichen Parteien sind mittlerweile dazu übergegangen, direktdemokratische Instrumente zu benützen⁸.

Die Zahl der Parteien alleine ist für das Ausmass der Fragmentierung eines Parteiensystems nicht besonders aussagekräftig, werden dabei doch Bedeutung und Stärke der einzelnen Parteien nicht berücksichtigt. Entscheidend ist die «Zahl der Parteien, die zählen» (Kriesi 1995: 133; Kerr 1987: 117). Gemäss Sarto-

ri (1976) hat eine Partei, die zählt, entweder eine Stellung, die es ihr erlaubt, in eine *Regierungskoalition aufgenommen* zu werden, oder sie ist zumindest ausreichend stark, um bei Regierungsentscheiden eine *Veto-Position* einnehmen zu können. Aufgrund des ersten Kriteriums zählen in der Schweiz die vier Bundesratsparteien FDP, CVP, SPS und SVP. Sartori ordnete seinerzeit auch noch den LdU wegen seiner relativen Stärke als Oppositionspartei den «zählenden» Parteien zu. Zeitweise konnten aufgrund der relativen Stärke als Oppositionspartei auch die Grünen und die Freiheitspartei zu diesen Parteien gezählt werden. Der LdU gehört gegen Ende des 20. Jahrhunderts nicht mehr dazu.

Die Verhältnisse sind in der Schweiz jedoch komplizierter: in den *Kantonen und Gemeinden* ist eine ganze Reihe von anderen Parteien (z.B. LPS, LdU, EVP, GPS, PdA, SGA) stark genug, um einen Regierungssitz zu gewinnen. Darüber hinaus ermöglicht die *direkte Demokratie* auch kleinen und kleinsten Oppositionsparteien, eine Veto-Rolle zu spielen, respektive einen signifikanten Input ins politische System zu liefern, welcher ihren Wähleranteil bei weitem übersteigt⁹.

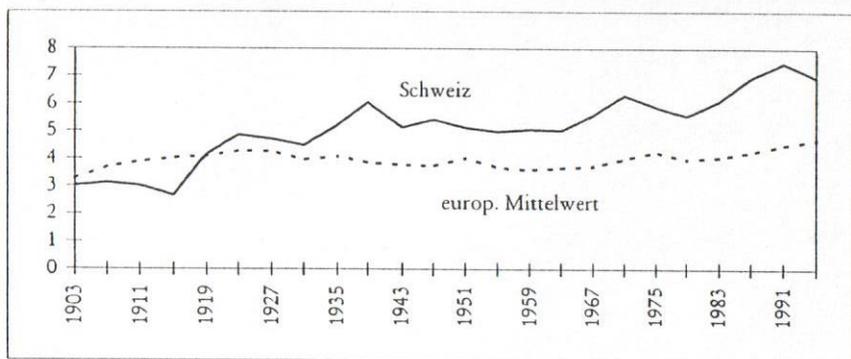
In international vergleichenden Studien wird zur Bestimmung der Zahl der Parteien der auf dem Rae-Index (Rae 1967: 53ff) basierende und von Laakso/Taagepera (1979) weiterentwickelte Index «the effective number of parties» verwendet. Dieser Index berücksichtigt die Stärke der Parteien so, dass kleinere Parteien weniger ins Gewicht fallen. Der Blick über die Grenze zeigt, dass die Schweiz für die Zeit von 1948 bis 1995 mit einem Durchschnittswert von 5.9 zu den Ländern mit der grössten effektiven Zahl an Parteien gehört. Auf Werte unter 3 kommen für dieselbe Zeitspanne Deutschland, England, Oesterreich und Malta, sowie Australien, Neuseeland und die USA. Auf Werte über 5 kommen die Niederlande, Belgien, Frankreich, Finnland und die Schweiz. Höhere Werte als die Schweiz hat lediglich Belgien seit Beginn der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts.

Aus *Abbildung 1* geht hervor, dass sich in der Entwicklung der effektiven Zahl der Parteien durchaus Parallelen zu anderen europäischen Ländern ergeben. Die Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg ist geprägt durch einen ersten Anstieg, der etwa Mitte der sechziger Jahre einzusetzen beginnt, einen Rückgang in den siebziger Jahren und einen Wiederanstieg in den achtziger Jahren. Besonders auffallend für die Schweiz ist der starke Anstieg 1919, der auf die Einführung des Proporzwahlverfahrens zurückzuführen ist, und die verhältnismässig starke Zunahme vor dem Zweiten Weltkrieg. Eine Abweichung von der internationalen Entwicklung findet sich schliesslich im markanten Rückgang seit den Nationalratswahlen 1991.

Neben der Zahl der Parteien beinhaltet die nicht unumstrittene¹⁰, aber noch immer die Parteienforschung dominierende Typologie der Parteiensysteme

von Sartori (1976) auch qualitative Kriterien. Es sind dies die ideologische Distanz zwischen den Parteien und die Frage, ob im Parteienwettbewerb die «politische Mitte» oder die «Extreme» angestrebt werden, d.h. ob eine zentrifugale oder eine zentripetale Wettbewerbsstruktur die Parteienkonkurrenz dominiert. Dieses Kriterium kann sich in seiner Anwendung als nicht unproblematisch erweisen. Der Parteienwettbewerb im Schweizer Mehrparteiensystem tendiert je nach Zeitpunkt und Partei in die Mitte oder zu den Extremen. Da jedoch starke Anti-System-Parteien fehlen, stellt das Schweizer Parteiensystem – zumindest auf nationaler Ebene – ein Beispiel für einen «moderaten Pluralismus» dar¹¹.

Abbildung 1: Entwicklung der effektiven Zahl der Parteien seit 1903: die Schweiz im europäischen Vergleich



Quelle: eigene Berechnungen aufgrund der Daten in Mackie/Rose (1991; 1997) sowie im European Journal of Political Research, Vol. 30, Nos. 3-4. Der Mittelwert bezieht sich auf die Länder Belgien, Dänemark, BRD-Deutschland, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz und Spanien.

Das Messen der «räumlichen Entfernungen» der Parteien innerhalb eines Parteiensystems ist sowohl methodisch wie auch empirisch anspruchsvoll. Abgesehen davon, dass der politische Raum in Realität mehrdimensional ist und sich nicht lediglich auf die Links-rechts-Dimension reduzieren lässt¹², stellt sich auch die Frage, wo und auf welchem Niveau gemessen werden soll. Üblich sind Befragungen von Wählern (VOX-Analysen der Nationalratswahlen, Farago 1996), Mitgliedern, Parteipolitikern (Sciarini et al. 1994) oder Experten (vgl. z.B. Huber/Inglehart 1995) sowie die Analyse von Wahl- und Parteiprogrammen (Brändle 1997; Klingemann 1995: 189ff). Die in der internationalen Parteienforschung gebräuchlichsten Masszahlen beschränken sich jedoch häufig auf die Links-rechts-Dimension, da diese trotz allem eine sehr gute Vereinfachung der politischen Differenzen liefert.

Tabelle 1 zeigt die Verortung der Schweizer Parteien auf den verschiedenen Ebenen und stellt Vergleiche zu internationalen Ergebnissen an. Auffallend ist dabei, dass von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Rangfolge der Parteien auf der Links-rechts-Achse gewahrt bleibt. Von den Bundesratsparteien positioniert sich die SP klar auf der linken Seite, die bürgerlichen Parteien CVP, FDP und SVP auf der rechten Seite des Spektrums. Bemerkenswert ist weiter, dass die Distanz zwischen der SP und der ihr am nächsten stehenden Partei im bürgerlichen Lager deutlich grösser ist als die Distanz zwischen den Extremen im bürgerlichen Lager. In politischen Blöcken gesprochen ist die Struktur des Schweizer Parteiensystems klar bipolar¹³.

Tabelle 1: Verschiedene Versuche der Links-Rechts-Verortung der Schweizer Parteien und ein internationaler Vergleich

Einschätzung durch:	PdA	SP	GPS	LdU	EVP	CSP	CVP	FDP	SVP	LPS	SD	FPS
<i>Lokalparteipräsidenten¹⁾</i>												
eigene Lokalpartei	1.4	3.3	3.3	4.8	5.5	5.6	6.3	6.9	7.0	8.0		
eigene Kantonalpartei	1.3	3.2	3.5	4.9	5.2	6.0	6.5	7.2	7.3	8.2		
eigene nationale Partei	1.4	3.2	3.7	4.4	5.3	6.2	6.4	7.5	7.2	8.3		
<i>Kantonalparteipräsident²⁾</i>												
eigene Kantonalpartei	1.0	2.6	2.3	4.6	4.7		5.4	6.8	7.3	6.8	7.8	8.4
eigene nationale Partei	1.0	2.6	3.2	5.2	5.9		5.4	6.8	7.7	7.6	7.6	8.2
<i>mittlere Parteikader³⁾</i>												
eigene nationale Partei		2.9	3.8				5.7	6.4	6.5	7.7		
<i>Wähler/Anhänger</i>												
Schweiz ⁴⁾		3.8	3.4				5.8	6.1	6.8	7.1		
internat. Vergleich ⁵⁾	2.8	4.2					6.6	6.1	7.0			
<i>Wahlprogramme</i>												
Schweiz ⁶⁾		4.3	4.2				5.5	6.1	7.0			
internat. Vergleich ⁷⁾	3.3	4.0					4.8	5.4	5.9			
<i>Experten</i>												
Schweiz ⁸⁾		2.6					4.4	6.0	6.3			

*) Skalen: Die Links-Rechts Verortung wird mit einer 10er-Skala (1-10) gemessen: Einzige Ausnahme bildet Klöti (1998). Hier beruhen die Angaben auf einer 11er-Skala.

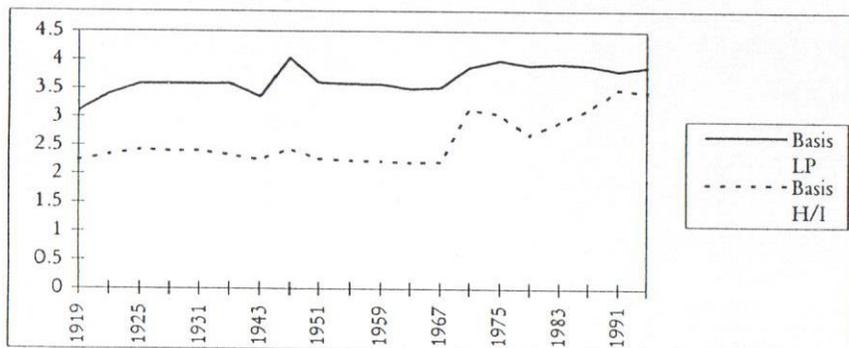
1) Lokalparteipräsidentenbefragung 1990 (vgl. Geser et al. 1994); 2) Kantonalparteipräsidentenbefragung 1997 (NF-Projekt Ladner/Brändle); 3) Untersuchung der mittleren Parteikader 1988 und 1989 (Sciarini et al. 1994: 110); 4) Analyse der Nationalratswahlen 1995, Klöti (1998); 5) Klingemann (1995: 194); Zeitraum: 1970er und 1980er Jahre; 6) Brändle (1997); Zeitraum: letzte 50 Jahre, eigene Berechnungen gemäss Klingemann (1995 Fn. 7); 7) Klingemann (1995: 189); 8) Huber/Inglehart (1995).

Weiter zeigt sich, dass die Wählerschaft eher in der Mitte des politischen Spektrums angesiedelt ist, während die Parteien in der Regel extremere Positionen einnehmen. So liegen etwa die bürgerlichen Parteien nach Einschätzung der Lokalparteipräsidenten auf allen drei Ebenen rechts von ihren Wählern, während die SP-Organisationen links von ihrer Wählerschaft eingestuft werden.

Einzigste Ausnahme im bürgerlichen Lager bilden die Selbsteinschätzungen der CVP-Kantonalparteipräsidenten. Es lässt sich vermuten, dass sich hier der programmatische Weg der CVP-Führung ins Zentrum widerspiegelt, während die Basis nach wie vor stärker nach rechts tendiert.

Was die Wahlprogramme anbelangt, so decken sich diese bei SP und FDP ziemlich genau mit der Einschätzung der Wählerschaft. Auch die CVP tendiert eher in die Mitte, so dass diesbezüglich von einem zentripetalen Wettbewerb gesprochen werden könnte. Die SVP versucht sich demgegenüber zentrifugal zu positionieren und liegt mit ihren Wahlprogrammen rechts von ihren Wählern. Auffallend im internationalen Vergleich ist schliesslich, dass sich die FDP-Wähler in der Schweiz rechts von den CVP-Wählern einstufen, während international gesehen – gemäss Klingemann (1995: 194) – die Liberalen links von den Christdemokraten zu liegen kommen.

Abbildung 2: Polarisierung des Schweizer Parteiensystems



Quelle: LP: Basis Links-rechts-Verortung der nationalen Partei aus Sicht der Lokalparteipräsidenten; H/I: Basis Links-rechts-Verortung der Experten (Huber/Inglehart 1995).

Was die *Polarisierung* des Schweizer Parteiensystems betrifft, so zeigen die von Lane/Ersson (1994: 185) berechneten Daten für die europäischen Länder, dass das Schweizer Parteiensystem im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich polarisiert ist. Im Durchschnitt der 16 untersuchten europäischen Länder ergibt sich nach einer Phase des Rückgangs von 1955 bis Mitte der sechziger Jahre eine kontinuierliche Zunahme der Polarisierung. Die Detailanalyse für die Schweiz macht aber auch deutlich, dass eine solche Analyse methodisch nicht ganz unproblematisch ist¹⁴. Je nachdem, wie die politischen Parteien auf der Rechts-links-Achse verortet wurden, kommt es zu einem unterschiedlichen Verlauf der Kurve (vgl. *Abbildung 2*). Stützt man die Berechnungen auf die Einschätzung der Experten ab (Huber/Inglehart 1995), folgt nach einer Phase des Rückgangs seit Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Etablierung der Zau-

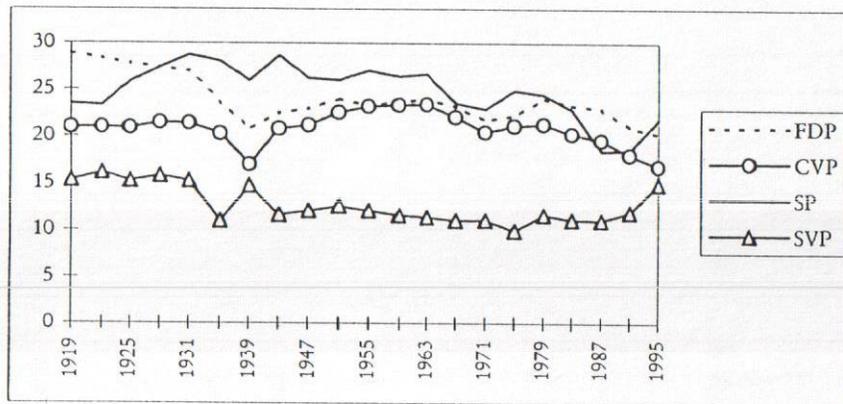
berformel ein markanter Anstieg Ende der sechziger Jahre. In der wirtschaftlichen Krisenzeit der siebziger Jahre geht die Polarisierung zurück, nimmt in den achtziger Jahren wieder zu, um sich dann mit dem Einsetzen einer erneuten wirtschaftlichen Krise zu stabilisieren. Weniger spektakulär ist der Verlauf der Kurve, wenn man sich auf die Links-rechts-Verortung der nationalen Parteien aus Sicht der lokalen Parteipräsidenten abstützt. Auch hier zeigt sich eine Zunahme der Polarisierung seit Mitte der sechziger Jahre, die jedoch seit Mitte der siebziger Jahre wieder abnimmt.

Grosse Stabilität

Vor dem Hintergrund der Vielzahl an Parteien sind die ausgesprochen stabilen Wählerstimmen- und Sitzanteile der einzelnen Parteien erstaunlich. Die *Abbildung 3* zeigt, dass die Differenz zwischen dem besten und dem schlechtesten Ergebnis von SVP und CVP seit der Einführung des Proporzwahlsystems weniger als 7 Prozentpunkte beträgt. Bei der FDP liegt sie bei knapp 9 Punkten, und einzig die SP übersteigt die 10 Prozentmarke. Auffallend bei der FDP ist der markante Einbruch nach der Einführung der Proporzwahlen, der bis und mit 1939 anhielt. Auch bei der SVP fand der Rückgang auf gegen 10 Prozent in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg statt. Erst mit den 1991er und vor allem mit den 1995er Wahlen vermochte sie sich wieder auf 15 Prozent zu steigern. Auffallend bei der CVP ist, dass der Trend seit 1963 und in besonderem Masse seit 1979 klar nach unten zeigt. Die SP hat schliesslich mit der SVP gemein, dass sie seit den letzten Wahlen wieder zu den Gewinnern zählt. Auffallend bei ihr ist jedoch das Absinken unter die 25-Prozentmarke vor und unmittelbar nach den Ereignissen von 1968 sowie das Zurückfallen unter die 20-Prozentmarke in den relativ stark durch ökologische Fragen beeinflussten 1987er- und 1991er-Wahlen.

Wenngleich die Stimmenanteile des «Regierungslagers» in der Zeit von 1919 bis 1995 von gegen 90 Prozent auf etwas über 70 Prozent abgesunken ist, so gibt es auch seit 1960 keine weitere Partei, die sich aufgrund ihrer Wählerstimmenstärke als Bundesratspartei aufgedrängt hätte¹⁵. Nach den Nationalratswahlen 1995 ist – abgesehen von den Stimmen, die eine Umwandlung des bestehenden Konkordanzsystems in ein wettbewerbsorientierteres Regierungsmodell fordern – kaum mehr die Rede davon, dass eine neue Partei in die Regierungsverantwortung einbezogen werden müsste. Vielmehr macht nun die SVP, welche bis auf 1.9 Prozent an die CVP herangekommen ist, der CVP den zweiten Sitz streitig. Diese Zahlen dürfen allerdings – wie bereits erwähnt – nicht darüber hinwegtäuschen, dass in einzelnen Kantonen die kleineren Parteien eine deutlich grössere Rolle spielen.

Abbildung 3: Wählerstimmen der Bundesratsparteien: Nationratswahlen 1919–1995



Quelle: Bundesamt für Statistik (1995).

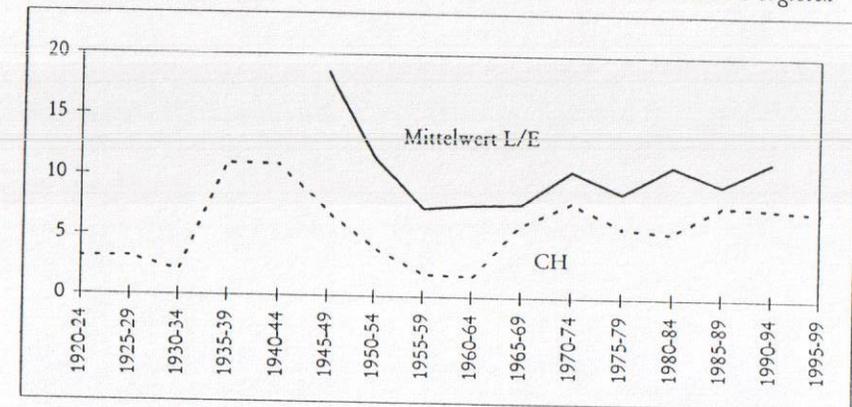
Verantwortlich für die grosse Stabilität ist das *Konkordanzprinzip*, welches mit seiner seit 1959 existierenden Zauberformel den grossen Parteien eine kontinuierliche Regierungsbeteiligung sichert und zu einer kartellartigen Blockierung des politischen Wettbewerbes geführt hat. Auch in zahlreichen Kantonen und Gemeinden haben sich teilweise schon viel früher solche Zauberformeln etabliert. Ein weiterer Grund dafür, dass es neben den Bundesratsparteien keiner Partei gelungen ist, sich in demselben Masse zu etablieren, dürfte in der fehlenden und nur mit sehr grossem Aufwand zu realisierenden *Verankerung in den Gemeinden* liegen (vgl. Ladner 1997). Lokalsektionen sind auf der einen Seite ein wertvolles Rekrutierungsfeld für die verschiedenen Aufgaben und Ämter auf höherer politischer Ebene, und auf der anderen Seite stellen sie wichtige Parteibindungen her. In jüngster Zeit machen sich diesbezüglich jedoch Erosionstendenzen bemerkbar: die Zahl der Parteivertreter in den kommunalen Exekutiven geht zurück, und es entstehen vermehrt Bürger- und Wählervereinigungen (vgl. Ladner 1996).

Die Stabilität eines Parteiensystems wird in international vergleichenden Studien mit der *aggregierten Volatilität* von Pedersen (1979) gemessen¹⁶. Die aggregierte Volatilität beschreibt die Verschiebung der Wählerstimmenanteile zwischen zwei Wahlgängen. *Abbildung 4* zeigt die Entwicklung der Volatilität auf nationaler Ebene seit 1920 und erlaubt es, für die Nachkriegszeit einen Vergleich mit anderen europäischen Ländern anzustellen.

Praktisch für alle europäischen Länder zeigt sich, wie der Zweite Weltkrieg das «normale» Gleichgewicht der Parteiensysteme durcheinandergebracht hat. Die Wähler mussten sich zuerst neu orientieren, was zu einer hohen Volatilität

führte (Lane/Ersson 1994: 189). Die fünfziger Jahre sind demgegenüber geprägt von festeren Parteibindungen. In den späteren sechziger Jahren steigt die Volatilität wieder an, und seither lösen sich Phasen mit starken und solche mit schwächeren Verschiebungen der Wählerstimmenanteile ab¹⁷.

Abbildung 4: Aggregierte Volatilität: Die Schweiz im internationalen Vergleich



Quelle: L/E: Mittelwert berechnet für die bei Lane/Ersson (1994: 189) aufgeführten 16 Länder Österreich, Belgien, Dänemark, BRD, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Portugal, Spanien, Schweden, Schweiz und Grossbritannien sowie eigene Berechnungen für die Wahlperiode 1990–1994; CH: für die Schweiz eigene Berechnungen aufgrund der Angaben des Bundesamts für Statistik.

Der Durchschnittswert der Volatilität für die Zeit seit 1945 liegt in der Schweiz bei 5.4. Andere Länder mit sehr tiefer Volatilität sind Österreich, Schweden und Grossbritannien, Länder mit hoher Volatilität sind demgegenüber die «neuen Demokratien» Griechenland, Spanien und Portugal sowie Frankreich und Dänemark. Widerlegen lässt sich mit diesen Zahlen die Vorstellung, dass in den letzten Jahren die politischen Verhältnisse deutlich instabiler geworden sind als früher. Dies mag im Vergleich zu den «ruhigen» fünfziger Jahren, die letztlich auch zur Zauberformel geführt haben, zutreffen, nicht aber für die Wahlen vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg¹⁸. Eine grössere Dynamik erfährt das Schweizer Parteiensystem in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Von der «Überfremdungsfrage», der Vertrauenskrise in die politischen Eliten und den Forderungen der 1968er-Bewegungen profitieren die NA und die Republikaner, der LdU und die Parteien der äusseren Linken. Mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise in den 1970er Jahren beruhigt sich die Situation. Erst durch das Entstehen der Grünen und der Autopartei kommt es wieder zu einer Belebung. In den letzten zehn Jahren ist die Volatilität auf etwas höherem Niveau stabil geblieben.

Das Schweizer Parteiensystem im Wandel?

Das Schweizer Parteiensystem ist nicht nur ein Beispiel dafür, dass auch in Mehrparteiensystemen die politischen Verhältnisse stabil sein können, es kann – zumindest auf den ersten Blick – auch als Beleg für die von Lipset/Rokkan (1967) aufgestellte «Frozen Party System-These» angeführt werden. Lipset/Rokkan stellten fest, dass die westeuropäischen Parteiensystemen von wenigen, allerdings wichtigen Ausnahmen abgesehen, die zentralen Konfliktdimensionen bei der Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu Beginn des Jahrhunderts abbilden¹⁹.

In der Schweiz hat sich jedoch im und ums Parteiensystem in der Zeit nach 1960 einiges verändert. Den traditionellen Parteien ist Konkurrenz durch wiedererstarkte (LdU) oder neue Parteien (NA, PÖCH, SAP, GPS, GBS und AP) erwachsen. Neue soziale Bewegungen (AKW-, Frauen-, Jugend-, Friedens- und Ökologie-Bewegung) betraten die politische Bühne, sorgten für beträchtliches Aufsehen und brachten mit ihren unkonventionellen Partizipationsformen eine gewisse Unruhe in die eingespielten politischen Verfahren. Neue Formen der Interessenwahrnehmung entstehen dann, wenn es den dominierenden Parteien nicht gelingt, die sich wandelnden Bedürfnisse und Ansprüche aufzunehmen.

In den neunziger Jahren scheint es einem Teil der etablierten Parteien gelungen zu sein, die Forderungen der «oppositionellen» Gruppierungen zu integrieren und ihnen ihre existentielle Grundlage zu entziehen. Neue soziale Bewegungen und kleinere Parteien haben an Bedeutung verloren.

Es stellt sich allerdings die Frage, wie weit von der über die Wahlerfolge bestimmten Stabilität auf eine allgemeine Stabilität des Parteiensystems und damit auf eine Stabilität der die Gesellschaft strukturierenden Konfliktlinien geschlossen werden kann. Wandel respektive Stabilität im Parteiensystem gilt es zu unterscheiden von Wandel und Stabilität auf der Ebene der Wählerinnen und Wähler. Hier haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten deutliche Veränderungen stattgefunden, die der starre Blick auf das Parteiensystem nicht zu erkennen vermag. Zu denken ist etwa an die kritischere Einstellung weiter Kreise der Bevölkerung den Parteien gegenüber sowie an die Lockerung fester, über die soziale Herkunft vermittelter Parteibindungen. Auch wenn diese Entwicklungen nicht unumstösslich sind, so dürften sie im Verhältnis zu den Veränderungen im Parteiensystem einen nachhaltigeren Charakter haben.

Ein weiterer Gedanke, den es hier anzufügen gilt, betrifft die Akteure selbst. Auch wenn sich die Zahl und die Bezeichnung der «politischen Spieler» über die Jahre hinweg kaum verändert haben, so heisst das noch lange nicht, dass die gleichen Leute am Tisch dasselbe Spiel spielen. Nicht zuletzt im Hinblick auf die These von den eingefrorenen Parteiensystemen gilt es, sich mit

den Parteien selbst, mit dem Wandel ihrer ideologischen Orientierungen und vor allem auch ihrer Organisationen zu befassen.

3 Entstehung und Entwicklung der Schweizer Parteien

Die Herausbildung der Parteien im letzten Jahrhundert

Die Entstehung der Schweizer Parteien findet ihren Anfang zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Als Vorläufer der Parteien traten wenig strukturierte politische Bewegungen in Erscheinung, die sich aufgrund gemeinsamer Ideen um bekannte Politiker herum bildeten (Segesser et al. 1996: 234). Erste Parteien entstanden in denjenigen Kantonen, in denen der Kampf um die Demokratisierung besonders früh und heftig einsetzte²⁰. Konstitutiv für die Herausbildung waren die drei grossen Gesinnungstämme Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus.

Die *liberale Bewegung* forderte, inspiriert durch die Aufklärung und die französische Revolution, mehr politische Rechte, Handels- und Gewerbefreiheit und einen starken, zentralisierten Bundesstaat. Dem standen die *Konservativen* entgegen, welche an einem losen Staatenbund, an der Vorherrschaft der Kirche (vor allem auch im Bildungswesen) und generell an den althergebrachten, feudalen Gesellschaftsstrukturen festhalten wollten. Der aus diesem Konflikt hervorgehende Sonderbundskrieg mündete schliesslich in die Gründung des Bundesstaates 1848 und eine Dominanz der Freisinnigen, die sich erst gegen Ende des Jahrhunderts aufzulösen begann²¹.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts machten sich auch die Auswirkungen der Industrialisierung verstärkt spürbar. Die Freisinnigen (Radikale und Liberale) beherrschten nicht nur den Bundesstaat, sie profitierten auch von der aufkommenden Industrie, was zu einer gewaltigen Konzentration von Macht in einzelnen Händen und Gruppen und zu sozialen Ungleichheiten führte. Die Arbeiterschaft schloss sich zuerst dem radikalen Flügel des Liberalismus und in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts der demokratischen Bewegung an. Gefordert wurden die Volksrechte Initiative und Referendum sowie soziale Reformen und der Ausbau des Schulwesens. Nach 1870 setzten unter dem Einfluss der sozialistischen Internationalen die Versuche ein, die Arbeiterschaft in einer eigenständigen sozialdemokratischen Partei zu organisieren, und 1888 wurde die SPS gegründet. Als direkte Folge davon begannen sich auch FDP und CVP straffer zu organisieren: die FDP wurde 1894 und die CVP 1912 auf nationaler Ebene gegründet²².

Charakteristisch für die Schweizer Parteien ist, dass sie nicht aus Parlamentsfraktionen oder Wahlkomitees entstanden sind, sondern direkt als Organisationen des wahl- und stimmberechtigten Volkes (Gruner 1977: 25ff), aus

Bürgervereinen, die zuerst mit Petitionen und Bittschriften und später mit Referenden und Wahlen die Umwälzung und Demokratisierung vieler Kantone erreichten (vgl. Linder 1999). Geteilt sind allerdings die Ansichten darüber, ob die Parteigründungen von den Eliten oder von «unten» ausgelöst worden sind. Im Sinne von Gruner (1977: 25ff), der die Parteien als «Kinder der Volksrechte» bezeichnet und auf die konstitutive oder gar ursächliche Wirkung des allgemeinen Wahlrechts und der ausgedehnten Volksrechte (Referendum) mit ihren Abstimmungskämpfen verweist, handelt es sich bei ihrer Herausbildung um eine Art Basismobilisierung, die direkt in Volks- oder Massenparteien mündete, wie sie anderswo erst viel später entstanden sind. Belegt mit Fallstudien wird dem von Jost (1986: 324) entgegengehalten, dass die Parteien aus bereits existierenden nicht-politischen Gesellschaften und Zirkeln von Notablen hervorgegangen sind. Der eigentliche Auslöser kommt hier «von oben», die Massenbewegungen sind lediglich momentane Eruptionen, provoziert und gesteuert von einer politischen Elite, welche sich bereits Ende des 18. Jahrhunderts formiert hatte und mit den verschiedenen Gesellschaften und Zirkeln ein eigentliches Kommunikationssystem herauszubilden vermochte.

Eine entscheidende Rolle bei der frühen Herausbildung der Schweizer Parteien spielten die kantonale und kommunale Ebene. Bereits um die Jahrhundertwende entstanden FDP- und CVP-Lokalparteien, während die Hauptgründungsphase der Lokalsektionen der Sozialdemokratischen Partei (SP) in die Zeit zwischen 1910 und 1920 fiel (vgl. Ladner 1996: 5)²³.

Die Schweizer Parteien im Wandel

Der Wandel der politischen Parteien wird bestimmt durch den gesellschaftlichen Wandel²⁴. Nicht alle Parteien sind gleichermaßen responsiv und von ihrer gesellschaftlichen Herkunft und ideologischen Orientierung disponiert, auf strukturelle und kulturelle Veränderungen zu reagieren. Die wirtschaftliche Wachstumsphase in der Nachkriegszeit, der Kalte Krieg, die 1968er-Bewegung, die Rezession in den siebziger Jahren, das Aufkommen der Umweltproblematik, der Fall der Berliner Mauer, die Europafrage, die Globalisierung und die Wirtschaftskrise in den neunziger Jahren sind an den Schweizer Parteien nicht spurlos vorübergegangen. Seit dem Zweiten Weltkrieg lassen sich fünf Entwicklungsphasen unterscheiden:

Fünfziger Jahre bis anfangs sechziger Jahre: die Phase der Stabilität (oder vor dem Hintergrund des Kalten Krieges der Erstarrung) des Schweizer Parteiensystems wurde 1959 mit der Einführung der Zauberformel gekrönt. Diese Phase war gekennzeichnet durch konstante Wähleranteile der Bundesratsparteien und eine geringe Polarisierung des Parteiensystems.

Mitte sechziger bis anfangs siebziger Jahre: Mitte der sechziger Jahre kommt

Bewegung ins Parteiensystem. Die drei bürgerlichen Bundesratsparteien, am ausgeprägtesten die CVP, wandern in die Mitte. Insgesamt findet jedoch eine Ideologisierung und Polarisierung statt. Das Konkordanzsystem wird zur Diskussion gestellt. Der LdU als Oppositionspartei und die NA zusammen mit den Republikanern verzeichnen auf Kosten der drei grossen Bundesratsparteien Sitzgewinne. Die Anliegen der 1968er-Bewegung machen sich innerhalb der Parteien bemerkbar. Sie verursachen Konflikte und bringen die Parteien dazu, ihre Organisationsstruktur zu überdenken und den «Partizipationsbedürfnissen der neuen Generationen» Rechnung zu tragen. Links der SP bildet sich eine «ausserparlamentarische Opposition» und verschiedene kleinere Linksparteien entstehen (Maoisten, RML, POCH, PSA).

Mitte siebziger bis anfangs achtziger Jahre: die Wirtschaftskrise bremst die Dynamik der späten sechziger Jahre. Die Polarisierung des Parteiensystems stagniert und wird leicht rückläufig. Die Stellung der Bundesratsparteien konsolidiert sich. Nach dem Linksrutsch bei den 1975er Wahlen wird der Freisinn 1983 mit dem Motto «Mehr Freiheit und Eigenverantwortung – weniger Staat» erstmals seit 1925 wieder zur stärksten Partei.

Mitte achtziger bis anfangs neunziger Jahre: die sich bereits seit Beginn der 1980er Jahre abzeichnende Umweltproblematik beginnt, die Politik zu prägen. Die GPS und die als Reaktion auf die Grünen entstandene Autopartei bringen die Bundesratsparteien erneut in Bedrängnis. Der Wähleranteil der vier Bundesratsparteien fällt 1991 erstmals unter 70 Prozent. Die Kräfte der extremen Linken lassen nach, sie schliessen sich anfänglich in einem grün-alternativen Bündnis zusammen und finden dann bei der GPS oder bei der SP eine neue Heimat. Die SP beginnt, eine pragmatischere Politik zu betreiben.

Seit anfangs neunziger Jahre: Zwei von vier Bundesratsparteien ist es gelungen, den Abwärtstrend herumzureissen. Die SVP steuert unter dem Einfluss von Nationalrat Christoph Blocher und seiner Abwehrhaltung gegen Europa einen klaren und erfolgreichen Rechtskurs, die SP hat es unter der Leitung von Nationalrat Peter Bodenman geschafft, sich als die alleinige Kraft im linken und ökologischen Spektrum zu profilieren. Die kleinen Parteien auf der Rechten und die Grünen sowie vor allem der LdU haben an Bedeutung verloren. Für eine Polarisierung des Parteiensystems sorgen nicht mehr die extremeren kleinen Parteien, sondern die beiden grossen Pole SVP und SP. Wenig erfreulich gestaltet sich die Situation der FDP, der es seit dem Fall der Berliner Mauer an einem Feindbild zu fehlen scheint und die es verpasst hat, unter den neuen Voraussetzungen zukunftsweisende liberale Lösungsansätze zu präsentieren. Bei der CVP beginnen die nun schon seit Jahrzehnten andauernden Probleme – grosse soziale Heterogenität, Spannungen zwischen Konservativen, Wirtschaftskreisen und Christlich-Sozialen, Beschränkung auf die Katholiken, an-

haltende Säkularisierung – ihre Position als eine der drei grossen Bundesratsparteien zu gefährden.

Die vier Bundesratsparteien

Die *Freisinnig-Demokratische Partei* (FDP) setzt sich nach eigenen Angaben für eine liberale Wirtschaftsordnung mit wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen ein. Sie ist für niedrige Steuern, für möglichst wenig Eingriffe in den Markt und gegen einen Ausbau des Sozialstaates, unterstützt jedoch ein leistungsfähiges Bildungssystem und eine gut ausgebaute Infrastruktur.

Im Gefolge der 1968er-Bewegung und in Anbetracht der Erfolge der Überfremdungsparteien in den Nationalratswahlen 1971 kam es in der FDP zu einer Standortbestimmung, die nicht nur zu einem neuen Grundsatzprogramm («Liberalismus heute») führte, sondern auch eine Revision der Statuten einleitete. Ziel der Revision war es, eine moderne zentralisiertere Mitgliederpartei mit demokratischeren Entscheidungsstrukturen zu schaffen, ein Vorhaben, das bis heute nicht vollständig realisiert werden konnte. Ende der siebziger und in der ersten Hälfte der achtziger Jahre erlebte die FDP mit Wahlspruch «Mehr Freiheit und Eigenverantwortung – weniger Staat» einen eigentlichen Aufschwung. Bei den Nationalratswahlen 1983 wurde sie erstmals seit 1925 wieder zur wählerstärksten Partei. In den 1982 vorgelegten «Rigi-Thesen» wurde jedoch die eingeschlagene politische Linie durch die Festlegung relativiert, dass der Staat zwar nicht mehr weiter ausgebaut, jedoch noch immer qualitativ verbessert werden sollte.

Ab Mitte achtziger Jahre wurde der Erfolgskurs der FDP gebremst. Anlass zu Diskussionen gab die Frage, ob die FDP neue, mit dem Wertewandel zusammenhängende Themen wie Umweltschutz und Abrüstung allzu stark vernachlässigt hatte (vgl. Klöti 1985). Unter dem Stichwort «Ökoliberalismus» wurde für eine liberale Antwort auf die Umweltproblematik plädiert (René Rhinow in der NZZ vom 16./17. Mai 1987). Geschwächt wurde die FDP zudem durch parteiinterne Konflikte und Probleme mit einzelnen Exponenten (so z.B. der erzwungene Rücktritt von Bundesrätin Kopp 1988) und an den Rändern der Partei machte sich die Konkurrenz der Grünen auf der einen und der Freiheitspartei auf der anderen Seite bemerkbar. Versuche, wieder verstärkt interne Geschlossenheit zu präsentieren, sich über einzelne Persönlichkeiten sowie über Stellungnahmen zu konkreten politischen Themen zu profilieren, zeitigten keine grossen Erfolge auf der Wählerebene. Auch der Fall der Berliner Mauer (1989) und der «Siegesszug neoliberaler Postulate» vermochte paradoxerweise der FDP keine neue Dynamik zu verleihen. Das Positionspapier «Perspektiven einer liberalen Lebensgestaltung» (1995) macht die Schwächen der Partei deutlich. Darin versucht sie, in den jüngeren, urbaneren, besser ge-

bildeten und progressiveren Bevölkerungskreisen, in denen sie gegenüber der SP an Terrain verloren hat, wieder Fuss zu fassen.

Die *Christlichdemokratische Volkspartei* (CVP) sieht sich der christlichen Soziallehre verpflichtet und setzt sich für eine soziale Marktwirtschaft ein, welche auch Interventionen zugunsten der Arbeitnehmer, des Gewerbes und der Landwirtschaft beinhaltet. In ethischen und moralischen Fragen vertritt sie eine konservative Position und steht für den Schutz der Familie.

Mitte der sechziger Jahre setzte bei der CVP ein Rückgang der Wählerstimmenanteile ein, der in den Wahlen von 1975 und 1979 kurzfristig unterbrochen wurde. Die parteiinterne Strukturreform von 1970, mit der versucht wurde, die Dachorganisation von Kantonalparteien in eine föderalistisch aufgebaute Mitgliederpartei umzuwandeln, blieb, wie die noch gleichlautenden Ziele der Strukturreform von 1996 belegen, weitgehend erfolglos. Das Grundproblem der CVP hat sich über die letzten Jahrzehnte hinweg kaum verändert. Da es ihr nicht gelungen ist, sich zu einer überkonfessionellen Partei zu wandeln, macht ihr zum einen die noch immer anhaltende Säkularisierung, welche die traditionellen Bindungen an die Kirche und die katholische Konfession abschwächt, zu schaffen. Zum anderen verhindert die ausserordentlich grosse parteiinterne Heterogenität eine klarere politische Profilierung. Nach wie vor konkurrenzieren sich die «soziologischen Gruppierungen» (Christlichsoziale, «Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft», CVP-Frauen)²⁵.

Die zu Beginn der neunziger Jahre intensivierten Bemühungen, den Wählerverlusten durch ein attraktiveres Image ein Ende zu setzen, blieben bis anhin ebenso erfolglos wie neue Marketingkonzepte und der «programmatische Wandel» von der Partei der «dynamischen Mitte» zur «modernen Partei des Zentrums». Zum Stolperstein für die CVP wurde zudem ihre ursprünglich offene Haltung in der Europafrage. Sie kostete sie nicht nur Wählerstimmen, sondern ermöglichte es auch der SVP, in die CVP-Stammlande vorzudringen.

Im politischen Alltag setzt sich die *Sozialdemokratische Partei* (SP) für den Schutz der sozial Schwächeren und der Umwelt ein. Sie fordert einen Staat, der mit Förderungsprogrammen in die Gestaltung der Wirtschaft eingreift sowie ein tragkräftiges Netz der sozialen Sicherheit, welches sozial schlechter Gestellte nicht in die Rolle von Bittstellern drängt.

Die Basis der SP hat sich seit den sechziger Jahren markant verändert. Aufgrund der raschen Tertiarisierung ging die Arbeiterschaft, die traditionelle Anhängerschaft der SP, zahlenmässig stark zurück. Der Partei gelang es, die Verluste weitgehend zu kompensieren, indem sie sich stärker an akademisch gebildete, häufig im Unterrichtswesen oder in sozialen Berufen tätige, Bevölkerungsschichten richtete. Wie kaum eine Partei ist die SP in den letzten Jahrzehnten in ihrem Selbstverständnis und Vertretungsanspruch durch andere

Parteien und neue soziale Bewegungen herausgefordert worden. Vor allem in den siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre kam die Konkurrenz von extrem-linken Parteien (POCH, SAP), nachher von Seiten der Grünen.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre begannen sich die parteiinternen Konfliktfronten aufzuweichen. Zunehmend zeichnete sich eine Mitteposition ab, die sich weniger an grundsätzlichen Fragen und Gesellschaftsentwürfen, sondern an einer pragmatischeren, auf realpolitische Erfolge ausgerichteten Parteipolitik orientierte. Die Parteiführung setzte ihre Hoffnungen auf eine neue rot-grüne Mehrheit im Parlament und ging – in der Deutschschweiz eine Abkehr von bisherigen Grundsätzen – in mehreren Kantonen Listenverbindungen mit den Grünen ein. In den Vordergrund rückte eine Politik, welche auch auf die Bedürfnisse der Marktwirtschaft eingeht, um so das Bild der Wirtschaftsfreundlichkeit abzulegen (Wirtschaftsprogramm 1994). Zu Beginn der neunziger Jahre zeitigte diese Strategie auf städtischer und kantonaler Ebene erste Erfolge und half der Partei, ihr Verliererimage abzustreifen. Bei den Nationalratswahlen 1995 wurde die SP mit 15 Sitzgewinnen und einem Wählerzuwachs von 3,3% auf 21,8% wieder zur wählerstärksten Partei. Zu den Verlieren gehörten dabei allerdings die Grünen, so dass das rot-grüne Lager insgesamt kaum wesentlich gestärkt wurde.

Die *Schweizerische Volkspartei (SVP)* unterstützt eine freie Marktwirtschaft, wobei sie in der Landwirtschaftspolitik durchaus auch massive staatliche Eingriffe toleriert. Sie setzt auf Ruhe und Ordnung im Lande und wendet sich aussenpolitisch mehrheitlich gegen die Integration in supranationale Organisationen. Von den vier Bundesratsparteien hat die SVP die wohl ausgeprägteste Metamorphose durchgemacht. Sie wurde 1936 als Schweizerische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) gegründet. Grosse Bauernparteien bestanden jedoch schon seit 1917 im Kanton Zürich und seit 1918 im Kanton Bern. Das Schwinden der traditionellen Basis in Landwirtschaft und Gewerbe zwang auch die SVP schon sehr früh zu einer Neuorientierung. Durch die Fusion mit den Bündner und den Glarner Demokraten 1971 belebte zudem ein kleinbürgerliches Arbeiterelement die Partei, welches auch in der Umbenennung von BGB in SVP seinen Ausdruck fand (Klöti/Risi 1988: 723). Ideologisch siedelte sich die SVP zu Beginn der siebziger Jahre in der Mitte an. Sie versucht sich als wahre Volkspartei und als Partei des Mittelstandes zu profilieren und betont die grosse Zahl an Lohnabhängigen in ihren Reihen. Politisch folgte auf diesen «Neubeginn» jedoch keine erfolgreiche Zeit. Weder die stärkere Berücksichtigung der Anliegen der Arbeitnehmer, der Frauen und Jungen, die in ihrem Programm Mitte der siebziger Jahre aufgenommen wurde, noch die 1984 eingeleitete «dynamische Öffnung» der Partei brachten nennenswerte Stimmengewinne.

Zu Beginn der achtziger Jahre entbrannte in der SVP ein parteiinterner Konflikt zwischen der konservativen Zürcher Kantonalpartei und dem eher liberalen Parteiflügel, vertreten durch Exponenten der Berner SVP. Dieser Konflikt entfachte sich auch in der Europafrage und führte zu einem Sieg der Zürcher EWR-Gegner. Die Ablehnung des EWR-Vertrags durch Volk und Stände bekräftigte die Vorherrschaft der Zürcher und brachte der SVP weitere Erfolge. In traditionell christlich-demokratisch oder freisinnig geprägten Kantonen wie Solothurn, Basel-Stadt, Zug, Luzern und St. Gallen gelang es der SVP, Sektionen zu gründen, die dem von der Zürcher Sektion vertretenen Kurs nahestehen. Auch in den eidgenössischen Wahlen 1995 wurde der oppositionelle Rechtskurs der SVP honoriert. Mit fünf Mandatsgewinnen und einem Wählerzuwachs von 3 Prozent (neu: 14,9%), was einem Wählerstimmenanteil wie zu Zeiten vor dem 2. Weltkrieg entspricht, gehörte sie klar zu den Siegern. Aufgrund dieser Erfolge ertönte erstmals auch der Anspruch der SVP auf einen zweiten Bundesratssitz. Allerdings haben die Verluste in der Westschweiz (Fribourg, Waadt) die SVP noch stärker zu einer Deutschschweizer Partei werden lassen.

Die übrigen Parteien von nationaler Bedeutung

Die Liberalen stellten im 19. Jahrhundert den rechten Flügel des Freisinns dar. Die *Libérale Partei der Schweiz (LPS)*, die sich von 1961 bis 1977 Liberale Demokratische Union der Schweiz nannte, wurde auf nationaler Ebene 1913 als Liberale Demokratische Partei gegründet. Sie vertritt einen konservativen, antietatistischen und antizentralistischen Kurs (Klöti/Risi 1988: 725). In den letzten 30 Jahren vermochte die LPS ihren Wähleranteil zu halten. Bei den Nationalratswahlen 1995 verlor sie jedoch bei einem verhältnismässig geringen Rückgang des Wählerstimmenanteils von 0,3 Prozent in der Romandie drei Nationalratsmandate und einen Ständeratssitz. Nach wie vor ist sie auf die Westschweiz (GE, VD und NE) und auf Basel-Stadt beschränkt. Versuche, ihr Einzugsgebiet auszuweiten, wie diejenigen in Baselland, Wallis, Freiburg, Jura, Bern und Zürich, blieben ohne grossen Erfolg. Damit wurde auch das anlässlich der Statutenrevision 1977 formulierte Ziel, auf Bundesebene mehr Gewicht zu erlangen, nicht erreicht.

Die *Evangelische Volkspartei (EVP)*, ein Gegenpol der Katholisch-Konservativen, wurde 1919 auf nationaler Ebene mit dem Ziel gegründet, eine betont christliche und soziale Parteipolitik zu vertreten. Als kleine Partei in der Mitte stellte sich für die EVP immer wieder die Frage, mit wem sie zusammengehen sollte. Zu Beginn der siebziger Jahre wurde laut über eine Fusion mit der sich öffnenden CVP diskutiert. Fast gleichzeitig kam es aber auch zu Übernahmeversuchen durch die SVP. Die 1971 eingegangene Fraktionsge-

meinschaft mit den Liberalen wurde nach den Wahlen von 1979 durch eine Fraktionsgemeinschaft mit dem LdU abgelöst. Die grundsätzlich wertkonservative Haltung auf ethisch-moralischer Basis hat sich für die EVP über die Jahre hinweg als äusserst integrationsfähig erwiesen. Auch das Zusammentreffen von landeskirchlich und freikirchlich orientierten Anhängern hat zu keinen unüberwindbaren Flügelkämpfen geführt. In den letzten dreissig Jahren hat die EVP ihren Stimmenanteil auf nationaler Ebene einigermassen halten können. Allerdings befindet er sich mit rund 2 Prozent auf tiefem Niveau und mit dem Bedeutungsverlust des Landesrings stellt sich für die EVP auch wieder die Frage nach möglichen Fraktionspartnern.

Der vom «Migros-Vater» Gottlieb Duttweiler gegründete *Landesring der Unabhängigen (LdU)* war 1935 mitten in der Wirtschaftskrise mit einem Wahlerfolg von sieben Nationalratsmandaten in die politische Arena gestiegen. Ihr Gründervater wollte mit dieser Partei den Glauben an das soziale Kapital und das freie, liberale Unternehmertum in der Politik verfechten. Seit den siebziger Jahren haben sich jedoch die Bindungen an die Migros merklich gelockert. Der Landesring, der aus den verschiedensten Parteien Zuzug erhielt, war von 1951 bis 1983 die stärkste Oppositionspartei. Mitte der neunziger Jahre ist seine Existenz jedoch ernsthaft bedroht. Bei den Nationalratswahlen 1995 vereinigte er nicht einmal mehr 2 Prozent der Stimmen, wobei mehr als die Hälfte der Stimmen aus dem Kanton Zürich kam.

Ideologisch hat der Landesring seinen Kurs mehr als einmal ändern müssen. Während zu Beginn der siebziger Jahre vor allem neomarxistische Ideen in die Partei eindringen, machte sich in den achtziger Jahren verstärkt eine ökologische Tendenz bemerkbar. Diese Neuorientierung zeitigte jedoch nicht die gewünschten Erfolge, die «grünen Stimmen» gingen vorwiegend an die Grüne Partei. 1992 kam es zu einem Versuch, die Partei wieder auf einen gemässigten Kurs zurückzuführen, und seit 1996 wird erneut die ökologische Orientierung betont. Es stellt sich jedoch die Frage, ob noch genügend Kräfte für einen erfolgreichen Neubeginn der Partei vorhanden sind.

In den frühen siebziger Jahren entstanden vor allem in der Westschweiz (NE, VD) erste grüne Gruppierungen, die in lokalen Parlamenten auch Sitzgewinne zu erzielen vermochten (Rebeaud 1987: 138). Im Jahr 1978 kam es zur Gründung einer Grünen Partei im Kanton Zürich. In den achtziger Jahren verlief die Entwicklung der Grünen noch zweigleisig. An den nationalen Wahlen von 1983 beteiligten sich sowohl die «Gurken-Grünen», die gemässigte «Föderation der Grünen Parteien der Schweiz» (GPS), wie auch die «Wassermelonen-Grünen», die links-grüne «Grüne Alternative Schweiz» (GRAS) (vgl. Ladner 1989). Gegen Ende der achtziger Jahre begann in zahlreichen Kantonen (vor allem aber in LU, BL, SG) eine schrittweise Annäherung

der aus Kräften der ehemaligen äusseren Linken bestehenden Grün-Alternativen an die Grüne Partei. Mitte der 1990er Jahre ist die «Fusion» beinahe abgeschlossen.

Während die grün-alternativen Kräfte vor allem lokal orientiert waren, intensivierten die «Grün-grünen» ihre Anstrengungen, sich auf nationaler Ebene zu konstituieren. 1986 wird die Föderation umbenannt in «*Grüne Partei der Schweiz*» (GPS). Ihre grössten Erfolge erzielte sie jedoch nicht wie erwartet bereits 1987, sondern erst 1991 mit 14 Sitzen und 6.1 Prozent Wählerstimmenanteil. Diese Gewinne waren aber vor allem auch auf die Beitritte von Kantonssektionen zurückzuführen, welche 1987 noch zum Grünen Bündnis gehörten. Durch die Integration grosser Teile des ehemaligen Grünen Bündnisses hat sich die ursprünglich über weite Strecken auch von der Unterstützung bürgerlicher Wähler profitierende Grüne Partei zu einer links-grünen Partei gewandelt. Die damit verbundene Einschränkung des Wählerpotentials dürfte zusammen mit der wieder erstarkenden SP und der angespannten wirtschaftlichen Lage dafür verantwortlich sein, dass sich die GPS im Verlaufe der neunziger Jahre einer geminderten Popularität erfreut. Bei den eidgenössischen Wahlen 1995 verloren die Grünen fast der Hälfte der Nationalratssitze.

Als Gegenstück zu den Grünen machte 1985 in der Region Zürich eine Auto-Partei auf sich aufmerksam, welche den liberalen Begriff der Bürgerfreiheit auf die Freiheit des Automobilisten anwandte und gegen die «rotgrüne» Politik zum Schutz der Umwelt antrat. Ende der 1980er Jahre erzielte die Autopartei mit weitgehend unbekanntem Kandidaten bei kantonalen (SG, SH, TG, AG, SO) und städtischen (Bern, Biel, St. Gallen) Wahlen auf Kosten der bürgerlichen Parteien für schweizerische Verhältnisse ausserordentliche Stimmengewinne und zog jeweils auf Anhieb in Fraktionsstärke in die Parlamente ein. Um von ihrem Einthemen-Image wegzukommen und zusätzliche Wählerschichten anzusprechen, benannte sich die Partei 1994 in *Freiheits-Partei der Schweiz (FPS)* um. Nach ihrem schwachen Ergebnis bei den eidgenössischen Wahlen 1995 musste sie in der Folge auch auf kantonaler Ebene massive Sitzverluste hinnehmen. Waren die Erfolge der Autopartei eng mit dem Aufkommen der Grünen verknüpft, so zeichnen für ihren Niedergang die Erfolge der SVP verantwortlich.

Die Entwicklung der Parteien links von der SP ist von einigen Turbulenzen gezeichnet. Die nach 1965 erfolgte Ausdifferenzierung der *linken Opposition* (chinaorientierte Gruppen, SAP²⁶, POCH²⁷) wurde Mitte der achtziger Jahre praktisch vollständig von den grünen Gruppierungen und der SP aufgenommen. Einzig die PdA (vgl. dazu auch Fischer 1988) konnte ihre Eigenständigkeit bewahren.

Die *Partei der Arbeit (PdA)* ist die Nachfolgeorganisation der 1939 durch

den Bundesrat verbotenen Kommunistischen Partei der Schweiz. Die PdA wurde 1943 unter dem Namen «Arbeiterpartei/Parti ouvrier» in Genf gegründet und ein Jahr später in PdA umbenannt. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Staatssysteme in Osteuropa setzte innerhalb der PdA eine Diskussion zu Inhalt, Konzept und damit auch zur Zukunft der Partei ein. Im Entwurf für ein neues Parteiprogramm wurden formal und inhaltlich neue Akzente gesetzt: der Klassenkampf (die Diktatur des Proletariates hatte die PdA schon früher fallengelassen) wurde durch die »Bewegung für den Sozialismus« abgelöst. Neue Themen wie die Gleichberechtigung der Geschlechter, der Ausgleich des Nord-Süd-Gefälles und der Umweltschutz wurden wichtiger. Ziel dieser Bewegung soll eine umfassende Demokratisierung sämtlicher Lebensbereiche sein. Die PdA hegt den Wunsch einer Vernetzung aller reformwilligen Kräfte der verschiedenen sozialen Teilbereiche, um so eine Volksbewegung für den Sozialismus zu bilden (Année politique 1990: 337). In den neunziger Jahren vermochte die PdA ihre Stellung wieder etwas zu stärken. Sie bleibt aber praktisch ausschliesslich auf die Westschweiz beschränkt, wo sie jedoch teilweise aufsehenerregende Erfolge verbuchen konnte.

Die Geschichte der *Rechten* ist von Höhen und Tiefen sowie internen Streitereien gezeichnet. Nach den Erfolgen mit den beiden «Überfremdungsinitiativen» (1970 und 1974) erreichte die «Nationale Aktion für Volk und Heimat» (NA) zusammen mit den von James Schwarzenbach gegründeten *Republikanern* Wähleranteile von 7.5 (1971) und 5.5 (1975) Prozent. Während die Republikaner nie mehr an diese Ergebnisse anknüpfen konnten und sich 1989 auflösten, vermochte sich die NA in den achtziger Jahren von ihrem Rückschlag 1979 zu erholen. Dabei profitierte sie in erster Linie von einem aufkeimenden Unbehagen in weiten Teilen der Bevölkerung im Zusammenhang mit der wachsenden Zahl von um politisches Asyl nachsuchenden Flüchtlingen (Klöti/Risi 1988: 725). Vor allem in einigen Städten, aber auch in der Westschweiz (Lausanne, Genf), erreichten die NA und die mit ihr liierte *Vigilance* Mitte der achtziger Jahre spektakuläre Wahlerfolge, die jedoch bereits in den darauffolgenden Wahlen wieder rückgängig gemacht wurden. 1990 beschliesst die NA mit der Absicht, sich vom Image einer auf das Thema «Überfremdung» beschränkten Partei zu lösen, die Umbenennung in *Schweizer Demokraten* (SD). Den SD macht seit Beginn der neunziger Jahre vor allem der rechte Flügel der SVP zu schaffen, zu dem in vielen Fragen (Europa, Asylwesen, Drogenpolitik) kaum wesentliche Unterschiede bestehen.

Im September 1975 vereinigten sich ehemalige Republikaner und Nationale in Zürich und Waadt zur «Eidgenössisch-Demokratischen Union» (EDU), um für einen «Solidarismus als Synthese von Patriotismus und Sozialismus» einzutreten. Zu ihr gesellten sich Dissidente der Berner EVP, die sich gegen die Aufhe-

bung des Jesuitenverbots engagierten (Année politique 1975: 179). Nach eigenen Aussagen tritt die EDU für eine staatliche Ordnung nach biblischen Grundsätzen ein. Sie verfolgt jedoch vor allem auch rechtskonservative Werte. Lange Zeit blieb die EDU auf den Kanton Bern beschränkt, wo sie seit 1991 einen Nationalrat stellt. Ende der achtziger Jahre gelang es ihr, auch in anderen Kantonen verstärkt Fuss zu fassen. An den Nationalratswahlen 1995 erzielte die EDU in 7 Kantonen (ZH, BE, BL, SG, AG, VD, NE) Stimmen. Gesamtschweizerisch betrug ihr Stimmenanteil jedoch lediglich 1.3 Prozent.

Verstärkung erhielt das rechte Lager auch durch die «*Lega dei ticinesi*», welche bei den Nationalratswahlen 1991 im Tessin mit 23,5 Prozent Wähleranteilen und zwei Mandaten zur drittstärksten politischen Kraft des Kantons wurde. Die Lega ist eine populistische Protestbewegung, die gleichzeitig an die Interessen der Pensionierten, der Autofahrer, Transporteure und Bauunternehmer appelliert sowie einen diffusen Antietatismus zum Ausdruck bringt.

4 Die Parteiorganisationen

Die «schwachen» Schweizer Parteien

Den politischen Parteien wird in der Schweiz im allgemeinen eine *schwache Stellung* attestiert (vgl. z.B. Rhinow 1986: 105; Longchamp 1994: 25; Rickenbacher 1995: 13). Angeführt als Belege werden die fehlende formale Anerkennung durch den Staat und die durch das Vernehmlassungsverfahren und die direkte Demokratie bedingte «Benachteiligung» gegenüber Interessenverbänden und sozialen Bewegungen. Erwähnt werden aber auch Aspekte, die die Organisation der Parteien betreffen. Insbesondere sind dies der kleine, wenig professionalisierte Parteiapparat, die beschränkten finanziellen Ressourcen sowie die geringe Zentralisierung und fehlende parteiinterne Homogenität. Diese Merkmale lassen sich weitgehend durch charakteristische Eigenheiten der Schweiz und ihres politischen Systems erklären.

- Die *Kleinheit eines Landes* schmälert das Rekrutierungspotential und stellt, da zusätzlich mit einer grossen *sozialen und kulturellen Heterogenität* verknüpft, die Parteien vor grosse Integrationsprobleme. Teilweise bedingt durch die Kleinheit der politischen Systeme, aber auch als erklärter Bestandteil der politischen Kultur, schwächt zudem das *Milizsystem* die Stellung der Parteien. Zwar entstehen durch die Rollenverbindungen der gesellschaftlichen und politischen Subsysteme durchaus auch Vorteile (Neidhart 1986: 42), ein grosser Teil der politischen Arbeit wird jedoch von «Feierabendpolitikern» verrichtet und bleibt über weite Strecken unprofessionell. Die Parteien können zudem ihren Mitgliedern häufig nur zu unbe-

zahlten Milizämtern verhelfen, so dass Ämterpatronage den Parteien nur in beschränkter Masse zu einer gesteigerten Attraktivität verhilft.

- Auch der ausgeprägte *Föderalismus* erschwert die Herausbildung starker und zentralisierter nationaler Parteiorganisationen. Die Kantonalparteien sind im Vergleich dazu ungleich stärker (Fagnini 1978; Hug 1994: 86; Neidhart 1986: 41; Seiler 1987: 119). Die Parteien finden sich je nach Kanton in unterschiedliche Parteiensysteme und Kräftekonstellationen eingebunden und sind darüber hinaus nicht in allen Kantonen in denselben Segmenten der Bevölkerung verankert. Häufig ist man in der Schweiz deshalb versucht, nicht von einem, sondern von 26 verschiedenen Parteiensystemen zu sprechen. Die nationalen Parteien sehen sich zu grossen Integrationsleistungen gezwungen und sind mit einem enormen Koordinationsaufwand konfrontiert. Allerdings erhöht der dezentralisierte Parteiaufbau auch die Flexibilität im Umgang mit lokalen und regionalen Gegebenheiten (Kriesi 1986: 337) und ermöglicht breitere Identifikationsmöglichkeiten. Je nach Bedarf können sich die Parteimitglieder stärker mit der nationalen Partei oder stärker mit ihrer allenfalls abweichenden Kantonalpartei identifizieren.
- Das System der *direkten Demokratie* hat zwar zur frühen Herausbildung der politischen Parteien in der Schweiz beigetragen (vgl. Gruner 1977: 25ff), am Ende des 20. Jahrhunderts – so die Lehrmeinung – schwächt die direkte Demokratie die Stellung der Parteien (vgl. Gruner 1984: 150). In Abstimmungskämpfen überflügeln finanzkräftige Interessenverbände und mobilisierungsfähige soziale Bewegungen die Parteien, und die Bedeutung der Wahlen ist relativ gering, da immer noch die Möglichkeit besteht, missliebige Entscheide an der Urne zu korrigieren. Neuere Studien zeigen jedoch, dass in Kantonen, in denen es häufig zu Initiativen und fakultativen Referenden kommt, die Parteien eher besser organisiert sind (Ladner/Brändle 1997). Parteien werden durch eine grössere Zahl von direktdemokratischen Vorlagen veranlasst, sich kontinuierlich politisch zu betätigen, und dies kann sich in einer professionelleren Organisationsstruktur niederschlagen. Allerdings greifen die Parteien vor allem auch dort zu den Instrumenten der direkten Demokratie, wo sie über genügend organisationelle Ressourcen verfügen.

Die Schweizer Parteien sind rechtlich gesehen als Vereine organisiert, für die das Zivilgesetzbuch (ZGB) in den Artikeln 60–79 die Rahmenbedingungen umschreibt. Zweck, Mittel und Organisation sind in den Statuten geregelt. Die Parteiorganisationen passen sich, wenn es ihre Ressourcen erlauben, dem politischen System und insbesondere den Wahlkreisen an. Entsprechend finden sich Quartier- und Kreisparteien, Lokalparteien, die in der Regel eine, manchmal auch mehrere Gemeinden umfassen, Bezirksparteien, Kantonalparteien

und nationale Parteien. Allerdings kennen nur die grossen Parteien eine derartige Ausdifferenzierung.

Wandel von Parteiorganisationen

In der neueren Parteienforschung herrscht die Einsicht vor, dass für eine umfassende Analyse der Parteien, die auch die Veränderung über die Zeit miteinbezieht, die Parteien nicht als «homogene Gebilde» betrachtet werden können (vgl. Daalder/Mair 1983: 21ff). Katz und Mair (1993) unterscheiden beispielsweise «drei Gesichter» der politischen Parteien: die «party in public office», die in erster Linie die Mandatsträger umfasst, die «party on the ground», zu der die Mitglieder, aber auch Aktivisten, Geldgeber und Stammwähler gehören und die «party in central office», bestehend aus der nationalen Parteileitung und dem Sekretariat.

Unter den verschiedensten Autoren (Duverger 1959; Neumann 1956; Kirchheimer 1965; Epstein 1967) besteht weiter ein Konsens darüber, dass die Parteien im 20. Jahrhundert unterschiedliche Entwicklungsstadien durchlaufen haben (Katz/Mair 1990: 5). Drei verschiedene Ausprägungsformen von politischen Parteien, die zu unterschiedlichen Zeitepochen gehören, werden in der Regel unterschieden: bis etwa 1920 waren die Parteien vorwiegend «Kader- oder Eliteparteien». Mit der Konsolidierung der westlichen Demokratien zwischen 1920 und 1960 entstanden die eigentlichen «Massen-Mitgliederparteien». Und seit 1960 hat eine Loslösung von der Mitgliederbasis eingesetzt, und es entstehen «Allerweltparteien» (Kirchheimer 1965) respektive *professionalisierte Wählerparteien* (Panebianco 1988), die sich nicht den «grossen Ideologien» oder einem bestimmten Segment in der Bevölkerung verpflichtet fühlen, sondern vor allem dazu dienen, Wählerstimmen und Mandate zu gewinnen²⁸. Katz/Mair (1995) fügen den verschiedenen Entwicklungsstufen mit der «*cartel party*» einen weiteren Parteiotyp an, der etwa in der Zeit nach 1970 auftaucht. Dieser neue Parteiotyp ist näher an den Staat herangerückt und wird zu einem grossen Teil durch ihn subventioniert²⁹.

Die Schweizer Parteiorganisationen im Wandel

Vor dem Hintergrund der 1968-Revolution, der damals herrschenden Vertrauenskrise gegenüber der etablierten Politik und den aufkommenden neuen sozialen Bewegungen fand innerhalb der Schweizer Parteien eine «partizipatorische Revolution» statt. Insbesondere die drei grossen bürgerlichen Parteien haben in den siebziger Jahren Versuche unternommen, ihre Statuten und ihre Strukturen den gewandelten Verhältnissen und Bedürfnissen anzupassen³⁰. Im Zentrum dieser Anstrengungen standen die Öffnung der Parteien gegenüber breite-

ren Bevölkerungskreisen³¹, eine Professionalisierung und Zentralisierung der Parteiorganisationen mit einer allgemeinen Verankerung des Mitgliederprinzips sowie der Ausbau der parteiinternen Demokratie³².

Rückblickend kann festgehalten werden, dass die angestrebten Ziele nicht verwirklicht werden konnten. Vor allem die bürgerlichen Parteien präsentieren sich vor dem Jahr 2000 nicht wesentlich geschlossener. Nach wie vor kommt es zu Flügelkämpfen und abweichenden Abstimmungsparolen, die geforderte Einführung des Mitgliederprinzips konnte weder bei der CVP noch bei der FDP realisiert werden, und die Professionalisierung der Parteiarbeit hält sich in engen Grenzen. Was die parteiinterne Demokratie anbelangt, so hat in den neunziger Jahren sogar ein «operativer back lash» stattgefunden. Die von strategischen Kalkülen und Ereignismanagement geprägte und immer stärker mediatisierte Politik verlangt, dass sich die führenden Exponenten relativ unabhängig von ihrer Parteibasis bewegen und äussern können. Ganz abgesehen davon sind auch die Beteiligungsbedürfnisse der Basis im Gefolge des Bedeutungswandels der Politik eher kleiner geworden³³.

Professionalisierung

Mitte der siebziger Jahre begannen die Parteien in den mittleren und grösseren Kantonen die Parteisekretariate zunehmend hauptamtlich zu besetzen (Fagagnini 1978: 91). Unsere 1996/97 durchgeführten Erhebungen zeigen, dass die Parteien in den Kantonen über rund 90 Vollzeitstellen verfügen (vgl. *Tabelle 2*). Zählt man dazu noch gegen 50 Stellen bei den nationalen Parteiorganisationen, so kann total von 140 bis 150 Stellen ausgegangen werden. Seit den siebziger Jahren hat sich die Zahl der vollamtlichen Stellen im besten Falle verdoppelt. Wenn wir diese Zunahme mit der Entwicklung im Ausland vergleichen (vgl. Mair 1994: 5), so liegt sie unter dem Durchschnitt. Tiefere Zuwachsraten haben lediglich Grossbritannien und die Niederlande, die jedoch insgesamt ein höheres Professionalisierungsniveau aufweisen. Es ist zudem anzunehmen, dass diese Professionalisierung zu einem grossen Teil den administrativen Apparat der Parteien betrifft, so dass die effektive Professionalisierung der rein politischen Tätigkeit der Parteien noch tiefer liegt. Nach eigenen Aussagen sind rund 72 Prozent der Kantonalparteien in administrativen und 60 Prozent in programmatischen und inhaltlichen Belangen in den letzten 10 Jahren professioneller geworden. Dabei fällt auf, dass vor allem die beiden «Erfolgsparteien» SP und SVP geltend machen, inhaltlich professioneller zu arbeiten.

Fagagninis Feststellung Mitte der siebziger Jahre (Fagagnini 1978: 91), dass die Parteien organisatorisch gesehen auf dem Milizsystem aufbauen, hat auch heute noch ihre Gültigkeit. Die Zahl der Personen, die sich professionell mit

Politik befassen, ist nach wie vor sehr klein. Das Schwergewicht liegt bei den Verbandsvertretern und anderen Personen, die sich auch beruflich mit Fragen auseinandersetzen, die den politischen Entscheidungen zugrunde liegen. Diese sitzen in der Regel in den Parlamenten (vgl. dazu Wiesli 1999). Die Parteiorganisationen selbst beschäftigen nur eine kleine Zahl an politisch versierten Mitarbeitern.

*Tabelle 2: Vollzeitstellen der Schweizer Parteien**

Partei		1960	1970	1980	1990	1996/97
FDP	Schweiz	3.5	7.0	9.5	13.5	10.1
	Kantonalparteien	5 (7)	12.4 (11)	23.4 (15)	24.5 (18)	28.2 (22)
CVP	Schweiz	**	**	**	**	12.0
	Kantonalparteien	2.8 (2)	8.1. (7)	8.6 (11)	17.0 (16)	17.1 (17)
SVP	Schweiz	**	**	5.5	6.0	8.1
	Kantonalparteien	6.0 (4)	5.7 (5)	6.0 (5)	7.6 (6)	7.8 (8)
SP	Schweiz	**	**	**	**	7.9
	Kantonalparteien	3.9 (5)	5.8 (6)	10.1 (11)	19.1 (17)	21.9 (20)
and.	Schweiz	**	**	**	**	6.0
	Kantonalparteien	5.6 (5)	7.0 (7)	13.4 (11)	18.3 (20)	15.4 (18)
Total	Schweiz	**	**	**	**	38.1
	Kantonalparteien	23.3 (23)	39.0 (36)	61.5 (53)	86.5 (77)	90.4 (85)

* Die in dieser Tabelle aufgeführten Zahlen sind mit Vorsicht zu geniessen, da die Parteien vielfach nicht in der Lage sind, genaue Angaben über die Professionalisierung in früheren Jahren zu machen. Dennoch ist davon auszugehen, dass die Zahlen insgesamt sowohl das Ausmass wie auch die zeitliche Entwicklung der Professionalisierung einigermaßen verlässlich wiedergeben. In Klammern ist die Zahl der Kantonalparteien angegeben, welche Stellenprozente ausgewiesen haben. Fehlen Angaben, so kann diese bei den Kantonalparteien zwei Gründe haben. Anzunehmen ist, dass die Parteien dazumal keine Stellen hatten, möglich ist aber auch, dass die Zahl der Stellen nicht mehr zu eruieren war. Je grösser die Zahl, desto verlässlicher die Angaben. In den Angaben teilweise nicht enthalten sind die Stellen für die Fraktionssekretariate. 1996/97 verfügte hier die FDP über 2, die CVP über eine und die SP über 4 Vollzeitstellen, während die SVP keine Trennung zwischen Partei- und Fraktionssekretariat macht.

** Angaben fehlen oder können nicht berechnet werden.

Quelle: Kantonalparteienbefragung 1998 im Rahmen eines NF-Projektes über den Wandel der Schweizer Parteien (NF 12-41891.94, Ladner/Brändle); eigene Berechnungen.

Finanzielle Ressourcen

Was die Transparenz der finanziellen Ressourcen der Parteien betrifft, so hat in den letzten Jahren ein kleiner Gesinnungswandel stattgefunden. Heute geben die Parteien relativ bereitwillig Auskunft über ihre Finanzen. Die Schweizer Parteien liegen – sowohl was die Höhe wie auch was die Zuwachsraten in den letzten Jahren anbelangt – im Vergleich mit den Parteien in anderen Ländern deutlich zurück. Ende der achtziger Jahre belief sich das Budget der vier Bundesratsparteien auf 5.6 Mio. Franken (1.7 Millionen für die SP, 1.6 Mio. für die CVP, 1.4 Mio. für die FDP und 0.9 Mio. für die SVP (vgl. Journal de Genève,

5. Juli 1989). Für das Jahr 1995 haben die vier Bundesratsparteien zusammen ein Budget von rund 9.2 Mio Franken ausgewiesen (FDP: 2.1 Mio.; CVP, 2.1 Mio.; SP: 3.4 Mio und SVP: 1.6 Mio). Das ist noch immer deutlich weniger als z.B. Greenpeace jährlich an Spendeneinnahmen budgetiert. In den Niederlanden verfügten beispielsweise 1983 die drei grössten Parteien über ein 6 bis 10mal grösseres Budget als die Schweizer Parteien (vgl. Kriesi 1995: 150).

Woher kommt das Geld der Parteien? In der Literatur wird immer wieder darauf hingewiesen, dass sich die SP praktisch vollständig aus Mitgliederbeiträgen finanziert, während die bürgerlichen Parteien in erster Linie von Spenden leben. Diese Feststellung wird durch unsere «Kantonalparteienuntersuchung» relativiert. *Tabelle 3* zeigt, dass die SP knapp die Hälfte ihrer Einnahmen durch Mitgliederbeiträge bestreitet, während dieser Anteil bei den bürgerlichen Parteien zwischen 30 und 45 Prozent liegt. Von grösserer Bedeutung bei der SP, aber auch bei der CVP, sind die Abgaben der Mandatsträger, während FDP und SVP etwas stärker durch Spenden finanziert werden. Insgesamt sind die Unterschiede allerdings deutlich geringer als erwartet. Sowohl was die geringen Differenzen wie auch was die parteispezifischen Präferenzen anbelangt, stimmen diese Ergebnisse mit den Verhältnissen auf der Ebene der Lokalparteien überein (vgl. Geser et al. 1994: 235ff).

Etwas anders sieht es auf nationaler Ebene aus. Hier ist der Anteil der Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen bei der SP mit gegen 60 Prozent deutlich höher als bei den anderen Bundesratsparteien, bei denen er lediglich bis zu 20 Prozent beträgt. Die drei bürgerlichen Parteien finanzieren sich auf nationaler Ebene zum grössten Teil aus Spenden, die ihnen Mitglieder respektive Nicht-Mitglieder, Unternehmen und Organisationen freiwillig zukommen lassen.

Tabelle 3: Finanzierung der Kantonalparteien (durchschnittlicher Prozentanteil der einzelnen Budgetposten)

	FDP	CVP	SVP	SP
Mitgliederbeiträge	38	31	44	48
Spenden	23	20	25	13
Mandatsabgaben	16	32	25	34
anderes	23	17	6	5
	100	100	100	100
N=	21	18	19	20

Quelle: Kantonalparteienbefragung 1998 im Rahmen eines NF-Projektes über den Wandel der Schweizer Parteien (NF 12-41891.94, Ladner/Brändle); eigene Berechnungen.

Es ist davon auszugehen, dass sich in diesen Zahlen nur ein kleiner Teil der «Kosten der Politik» in der Schweiz widerspiegelt. Nicht erfasst sind beispielsweise die indirekten Zuwendungen an Wahl- und Abstimmungskampagnen, welche sich nicht in jedem Fall im «operativen Budget» der Parteiorganisatio-

nen niederschlagen. Würde man diese Gelder berücksichtigen, so kann vermutet werden, dass aufgrund ihrer besseren Kontakte zu finanzkräftigen Wirtschaftskreisen die bürgerlichen Parteien für ihre politische Arbeit im weiteren Sinne finanziell besser gestellt sind. Was die Parteiarbeit im engeren Sinne anbelangt, so steht die SP den anderen Parteien in nichts nach.

Die Schweizer Parteien, ein Sonderfall?

Der gesellschaftliche Wandel seit den sechziger Jahren hat die Parteiorganisationen vor neue Herausforderungen gestellt und unterschiedliche Reaktionen provoziert. Mit mehr oder weniger Erfolg wurde von einzelnen Parteien versucht, das Mitgliederprinzip einzuführen, sich zu Volksparteien zu öffnen, die parteiinterne Demokratie zu fördern, Entscheidungsprozesse zu straffen und die Organisationsstrukturen professioneller und zentralisierter zu gestalten.

Bei allen Gemeinsamkeiten lässt sich jedoch kein einheitliches Entwicklungsmuster erkennen. Die Schweizer Parteien, vor allem wenn auch die Kantonalparteien berücksichtigt werden, decken praktisch das gesamte Spektrum der in der Literatur genannten Parteitypen ab. Noch heute gibt es – insbesondere in der Innerschweiz – Kantonalparteien, die wohl am besten als «Kaderparteien» bezeichnet werden. Daneben bestehen auch Parteien wie beispielsweise die SP, die ganz klar auf dem Mitgliederprinzip aufbauen und solche, die sich – wie etwa der LdU oder mit Abstrichen bei der Professionalisierung die SD und die FPS – dem Modell der Wählerparteien annähern. Schliesslich gibt es auch Indizien dafür, dass die Schweizer Parteien ganz im Sinne der «cartel party» näher an den Staat herangerückt sind. Vor allem die in den letzten Jahren ausgebaute Finanzierung der Fraktionssekretariate hat zu einer Gewichtsverlagerung zur «party in public office» geführt.

Die grosse Herausforderung, die sich den Parteien heute im «Milizland Schweiz» stellt, ist das Erreichen einer politischer Professionalität in der konkreten politischen Arbeit und die Sicherstellung einer Verankerung in der Bevölkerung, die über das Schaffen von kurzfristigen Wählerbindungen hinausgeht. Während bei der Professionalität im Vergleich zu anderen Ländern durchaus ein Nachholbedarf besteht, so zeigen sich, was die Parteibindungen anbelangt, ähnliche Probleme wie in anderen Staaten.

5 Die Basis der Parteien

Wenn in den westeuropäischen Parteiensystemen ein allgemeines Entwicklungsmuster auszumachen ist, so ist es das Nachlassen der Parteibindungen. Allerdings bestehen grosse Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und zwischen den verschiedenen Parteien (Schmitt/Holmberg 1995: 121). Empiri-

sche Erhebungen für die Schweiz zeigen, dass der Anteil derjenigen Personen, die sich einer Partei verbunden fühlen, zurückgeht (Longchamp 1994: 74). Während sich zu Beginn der achtziger Jahre nach einem Rückgang wieder gegen 50 Prozent der Stimmberechtigten mit einer Regierungspartei identifizierten, so waren es 1995 noch rund ein Drittel (vgl. Longchamp 1994: 21; Nabholz 1998). Mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten gab 1995 an, dass sie sich mit keiner Partei identifizieren. Analog dazu hat auch die Zahl der Wechselwähler deutlich zugenommen, vor allem im Zeitraum 1971 bis 1987 (vgl. Nabholz 1998).

Bildhaft gesehen kann eine Partei als eine Reihe von konzentrischen Kreisen dargestellt werden. Im äussersten Kreis befinden sich die Wechselwähler, in den folgenden kleineren Kreisen die Stammwähler, gefolgt von den eigentlichen Sympathisanten oder Anhängern. Der nächst kleinere Kreis umfasst die Mitglieder, gefolgt von den Aktiven in der Partei, und im innersten Kreis befinden sich die Parteikader und die Mandatsträger. Wie weit wirken die an den Rändern der Partei gemessenen Entwicklungen auf die inneren Kreise? Gehen Wählerstimmenverluste beispielsweise einher mit einer Abnahme an Parteimitgliedern?

Die Abgrenzung zwischen den einzelnen Kreisen ist in Realität alles andere als unproblematisch. Was unterscheidet Stammwähler von Sympathisanten? Gehört ein Wähler, der in vier von fünf Wahlen dieselbe Partei wählt zu den Wechselwählern? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt werden, dass jemand als Mitglied einer Partei bezeichnet werden kann? Hinzu kommt, dass je nach Partei die einzelnen Kategorien eine unterschiedliche Bedeutung haben. Ein Mitglied in einer kommunistischen Partei, welches einen Jahresbeitrag von nahezu einem Monatslohn bezahlt und praktisch wöchentlich an Sitzungen oder Veranstaltungen teilnimmt, kann nur sehr schwer mit einem Mitglied in einer bürgerlichen Partei verglichen werden, das eine eher symbolische Parteibeitragsabgabe entrichtet und lediglich an zwei, drei Jahresversammlungen teilnimmt.

Unterschiede bestehen auch hinsichtlich der Kosten und Nutzen der Parteimitgliedschaft (vgl. Scarrow 1994), und zwar sowohl auf der Ebene der Mitglieder wie auch auf der Ebene der Parteiorganisation. Wird die Partei vorwiegend als Wählerstimmenmaximierer betrachtet, gibt es kaum Gründe, möglichst grosse Mitgliederzahlen anzustreben, da damit auch parteiinterne Entscheidungsprobleme verbunden sein können. Fasst man hingegen Parteien als Interessenvertreter auf, so kommt den Mitgliedern eine deutlich grössere Bedeutung zu.

Parteimitglieder

Nach idealtypischer Vorstellung haben sich mitgliederlose Elite- oder Honoratiorenparteien im Laufe der Zeit zu Mitgliederparteien gewandelt. Dabei hat sich das «Mitgliederprinzip» von den sozialdemokratischen Parteien auf die anderen Parteien ausgebreitet («contagion from the left»). In neueren Parteitypen im Zeitalter der Mediatisierung der Politik und der Parteienverdrossenheit verlieren die Mitglieder demgegenüber wieder an Bedeutung.

In der Schweiz hat sich das Mitgliederprinzip relativ spät und vor allem nicht vollständig herausgebildet, wie die über weite Strecken erfolglosen Versuche seiner Einführung von FDP und CVP in den siebziger und neunziger Jahren belegen⁴. Eine mögliche Erklärung für die späte und nur teilweise Herausbildung der formalisierten Mitgliedschaft liefert die Parteipresse, welche bis gegen 1970 noch relativ bedeutungsvoll war. Die Parteien organisierten sich über ihr Presseorgan, die Leser verkörperten die Mitglieder und Sympathisanten, und es bestand kein Anlass, klare Kriterien für eine Mitgliedschaft zu formulieren und entsprechende Organisationsstrukturen herauszubilden (Gruner 1964: 285f).

Gruner schätzte für die Zeit von 1963/67 den Mitgliederanteil an den effektiv Wählenden auf 38 Prozent. Nach seinen Erkenntnissen ist dieser Anteil infolge der Einführung des Frauenstimmrechts auf die Hälfte gesunken: gemessen am Anteil der Stimmberechtigten betrug er in den siebziger Jahren etwa 11 Prozent (Gruner 1977: 218), was rund 390'000 Parteimitgliedern entspricht. Damals sprach Gruner noch davon, dass der Organisationsgrad der Schweizer Parteien im internationalen Vergleich sehr hoch sei. Folgt man den Angaben der Parteien selbst, so kommt man Mitte der neunziger Jahre wie bereits zu Zeiten von Gruner auf rund 400'000 Parteimitglieder. Berücksichtigt man, dass in diesen 20 Jahren die Zahl der Stimmberechtigten um über 900'000 zugenommen hat, so weisen die Zahlen auf eine Abnahme des Parteimitgliederanteils hin. Ein solcher Rückgang der Parteimitgliedschaft wird auch durch neuere Umfrageergebnisse bestätigt. Gemäss den Erhebungen von Longchamp (1994: 22) hat sich der Anteil der Parteimitglieder unter den Wahlberechtigten in der Zeit von 1983 bis 1994 von 18 auf 12 Prozent zurückgebildet⁵. Die an den «Rändern der Parteien» sich abzeichnende Erosion der Parteibindungen macht sich also auch bei den Mitgliedern bemerkbar.

Was die absoluten Mitgliederzahlen anbelangt, so dürften die Schweizer Parteien in den letzten Jahrzehnten vor allem von einem Zuwachs bei den Frauen profitiert haben, welcher die Abgänge bei den Männern teilweise kompensierte. Eine grosse Zahl Lokal- und Kantonalparteien gibt denn auch an, dass die Zahl der Frauen unter den Mitgliedern in den letzten Jahren zugenommen hat, während bei den Männern eher Stagnation oder Rückgang vor-

herrscht (vgl. Geser et al. 1994: 65ff). Verwendet man zur Bestimmung der Mitgliederzahlen einen eher restriktiven Mitgliederbegriff, welcher dort, wo aufgrund des fehlenden Mitgliederprinzips der umfassendere Begriff «Sympathisanten» verwendet wurde, Korrekturen vornimmt, so liegt der Parteimitgliederanteil an den Stimmberechtigten mit knapp 7 Prozent wesentlich tiefer. So gesehen hatten die Schweizer Parteien 1997 lediglich rund 300'000 Mitglieder. Im internationalen Vergleich liegt die Schweiz damit etwa im Mittelfeld. In Deutschland, Holland und England haben die Parteien deutlich weniger Mitglieder, in Schweden und in Österreich deutlich mehr (Katz/Mair 1992b: 334).

Mitgliederstärkste Partei ist auch nach diesen Berechnungen die FDP mit etwa 90'000 Mitgliedern, gefolgt von CVP und SVP (vgl. *Tabelle 4*). Die SP liegt mit rund 40'000 Mitgliedern deutlich hinter den anderen Bundesratsparteien zurück. Allerdings ist sie in der Auswahl ihrer Mitglieder selektiver und setzt ein grösseres finanzielles und persönliches Engagement voraus. Wir erinnern uns, dass die SP 1995 zur wählerstimmenstärksten Partei geworden ist. Auf der Ebene der Mitglieder konnte sie demgegenüber keinen solchen Anstieg verzeichnen. Dass Wählerstimmengewinne in den 1990er Jahren nicht mit sinkenden Mitgliederzahlen einhergehen müssen, zeigt das Beispiel der Zürcher SVP, welche neben den Stimmengewinnen auch einen deutlichen Anstieg ihrer Mitglieder vermeldet.

Tabelle 4: Mitgliederzahlen der Schweizer Parteien

	korrigierte Zahlen aufgrund unserer Untersuchung	«offizielle» Angaben*
FDP	89'000	150'000
CVP	60'000	80'000
SVP	70'000	80'000
SPS	39'000	40'000
LdU	3'000	5'000
Grüne	5'000	8'200
EVP	4'000	4'000
Liberale Partei	13'000	15'000
Freiheitspartei	10'000	12'500
SD	5'000	6'000
Partei der Arbeit	1'200	4'000
Total Bundesratsparteien	258'000	350'00
Total andere Part.	41'200	54'700
Total alle Parteien	299'200	404'700

*Publiziert in Swiss Review 1994 und 1995

Quelle: Kantonalparteienbefragung 1998 im Rahmen des NF-Projektes über den Wandel der Schweizer Parteien (NF 12-41891.94, Ladner/Brändle); eigene Berechnungen.

Auffallend ist schliesslich, dass in der Schweiz – trotz später Einführung des Frauenstimmrechts auf nationaler Ebene (1971) – der Anteil der Frauen bei den Parteimitgliedern auf rund 35 und bei den Parteiativen auf rund 30 Prozent angewachsen ist und damit in die Nähe der Skandinavischen Länder (Norwegen, Schweden und Dänemark) rückt und Länder wie Deutschland und Italien mit rund 20 Prozent hinter sich lässt (Geser et al. 1994: 65).

Berufsstruktur der Aktiven

Was die Verankerung der Parteien in den verschiedenen Segmenten der Bevölkerung anbelangt, so ist die Datenlage in der Schweiz alles andere als befriedigend. Vor allem verhindert die von Erhebung zu Erhebung sich ändernde Bezeichnung der Berufsgruppen eine sorgfältige Analyse über mehrere Jahrzehnte.

Tabelle 5: Die Aktiven der Schweizer Parteien nach Berufsgruppen

Berufsgruppe	Total	FDP	CVP	SVP	SPS
Freiberufliche	4	5	4	3	3
Bauern	10	6	12	27	1
Gewerbtreibende	10	13	9	16	3
Industrielle	2	3	1	2	0
Hausfrauen/-männer	16	17	17	12	17
leitende Angestellte	10	14	9	9	8
Angestellte	16	16	16	11	20
Arbeiter	8	6	10	5	14
Beamte	7	6	7	4	11
Studenten	2	2	2	1	1
Lehrer	4	3	4	2	8
Rentner	10	9	10	9	13
andere	2	1	1	2	1
TOTAL Prozent	100	100	100	100	100
N	89343	23810	23926	13288	14724

	LdU	EVP	LPS	GPS	PdA
Freiberufliche	4	3	10	9	0
Bauern	0	2	11	1	0
Gewerbtreibende	5	5	12	5	4
Industrielle	0	0	5	0	0
Hausfrauen/-männer	18	21	6	23	6
leitende Angestellte	20	13	17	9	4
Angestellte	19	18	12	17	19
Arbeiter	5	5	2	2	16
Beamte	6	8	4	4	11
Studenten	4	1	1	11	6
Lehrer	8	6	4	15	11
Rentner	7	17	10	3	20
andere	3	2	6	3	5
TOTAL Prozent	100	100	100	100	100
N	749	1343	1561	612	239

Quelle: Lokalparteienbefragung 1990, vgl. Geser et al. 1994; eigene Berechnungen.

Die Lokalparteien-Befragung (Geser et al. 1994) liefert Angaben über die Berufe von knapp 90'000 Parteiaktivisten. Sie zeigt, dass die Parteien auch 1990 noch immer in ihren ursprünglichen Bevölkerungssegmenten stärker verankert waren. Die SVP besticht durch ihren grossen Anteil an Bauern, die FDP durch ihre stärkere Vertretung bei den leitenden Angestellten und bei den Freiberuflern, die SP durch ihren Rückhalt bei den Arbeitern, Beamten und Rentnern. Die CVP als primär konfessionelle Partei zeigt demgegenüber eine grosse Ausgewogenheit (vgl. *Tabelle 5*). Die grössten Gruppen unter den Aktiven in den Parteien stellen die Hausfrauen und die Angestellten mit je rund 16 Prozent. Mit je rund 10 Prozent folgen dahinter die Bauern, die Gewerbetreibenden, die leitenden Angestellten und die Rentner.

Obwohl die Schweizer Parteien teilweise durch ihren Namen⁶ oder zumindest in ihren Selbstdarstellungen darauf aufmerksam machen, dass sich unter ihren Wählern und Mitgliedern Vertreter sämtlicher Bevölkerungsgruppen finden und dass sie eigentliche Volksparteien sind, stellen sie keinen repräsentativen Querschnitt durch die Bevölkerung dar. Die Partizipationsforschung hat hinreichend bewiesen, dass die weniger Privilegierten politisch weniger aktiv sind.

6 Schlussbemerkung und Ausblick

Obwohl sich auch am Ende des 20. Jahrhunderts keine Alternativen zu den Parteien abzeichnen und die kleineren Parteien ausserhalb des Machtkartells der vier Bundesratsparteien FDP, CVP, SVP und SP eher an Bedeutung verlieren, kann kaum davon ausgegangen werden, dass die politischen Verhältnisse auch inskünftig eine derart grosse Stabilität aufweisen werden. Die Parteibindungen scheinen sich nachhaltig gelockert zu haben, die Verankerung der Parteien auf lokaler Ebene nimmt ab, die Mitgliederzahlen sind tendenziell rückläufig, und die Mobilisierungsfähigkeit der Parteien geht zurück. Zu welchen Verlagerungen zwischen den politischen Blöcken es kommen wird und wie eine mögliche neue Parteienlandschaft aussehen wird, ist jedoch noch kaum vorherzusehen.

Was die Parteien selbst anbelangt, so befinden sie sich in einem Dilemma. Auf der einen Seite steht die Anhängerschaft, die vor allem in den lokalen Sektionen organisiert ist. Diese eigentliche Basis der Parteien hat Ansprüche an die Partei und ist, dem Zeitgeist entsprechend, immer weniger bereit, treue Gefolgschaft zu leisten, wenn ihr daraus kein ersichtlicher Nutzen erwächst. Die Anhänger und vor allem auch die Mitglieder erwarten als Gegenleistung für ihre Treue und ihr Engagement, dass ihre – teilweise partikulären – Interessen berücksichtigt und umgesetzt werden. Die Parteien ihrerseits haben kaum

mehr selektive Anreize anzubieten, welche eine Mitgliedschaft besonders attraktiv machen könnten. Sie haben, was die Information über politische Fragen und Ereignisse anbelangt, ihre privilegierte Stellung an die Medien verloren und ihre Bedeutung für die Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen ist gegenüber den Interessenverbänden zurückgegangen.

Auf der anderen Seite stehen die Anforderungen der «modernen Politik». Immer komplexere Fragestellungen und vernetzte Problemlagen verlangen eine hochgradig professionalisierte Parteiarbeit. Die stark mediatisierte Politik macht es notwendig, dass sich die politischen Parteien unmittelbar zu den anstehenden politischen Problemen äussern, ohne dass sie zuvor die Gelegenheit haben, parteiinterne Vernehmlassungen durchzuführen. Die modernen Massenmedien machen es zudem möglich, publikumswirksame Kandidatinnen und Kandidaten aufzubauen, ohne diese zuerst auf die parteiinterne Ochsentour zu schicken, so dass die unteren Parteiebenen für die Rekrutierung von Kandidatinnen und Kandidaten an Bedeutung und die Parteiämter auf der untersten Hierachiestufe an Attraktivität verlieren. Politik wird immer stärker zu einem Wettkampf zwischen einzelnen Personen, welcher sich medienwirksam darstellen lässt. Über Sieg oder Niederlage entscheiden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.

Die in der neueren Parteiforschung postulierte Annäherung der Parteien an den Staat lässt sich für die Schweiz (noch) kaum bestätigen. Auffallend ist vor allem das Fehlen einer staatlichen Parteienfinanzierung. Dank dem bis in die obersten politischen Ebenen hinaufreichenden Milizsystem haben die Politikerinnen und Politiker eine gewisse Unabhängigkeit bewahrt. Konkordanz und Vielparteiensystem scheinen das ihre dazu beizutragen, dass eine grössere Zahl öffentlicher Stellen nicht nur aufgrund der Parteimitgliedschaft vergeben wird. Da die Schweiz eine ausgesprochen grosse Dichte an politischen Ämtern kennt, hatten die Schweizer Parteien allerdings schon immer einen vergleichsweise guten Zugang zu den staatlichen Entscheidungsträgern.

Ob eine einzelne Partei besonders erfolgreich ist, hängt sehr stark davon ab, wie gut es ihr gelingt, zentrale Probleme zu thematisieren und Lösungen aufzuzeigen. Ganz wichtig ist weiter, dass die Bindungen zur Bevölkerung nicht verloren gehen und dass die Befindlichkeiten der Stimmbürgerschaft erkannt werden. Die Parteien haben somit eine eigentliche Doppelstrategie zu verfolgen. Professionelles Auftreten, hohe Sachkompetenz und rasches Reagieren sind ebenso wichtig wie die Sicherstellung eines festen Rückhalts in der Stimmbürgerschaft. Kurzfristig wäre es, sich nur noch auf die Wählerschaft zu konzentrieren und durch «populäres» Verhalten Stimmen zu maximieren. Nachvollziehbare und gut vermittelte Positionen und eine treue Anhängerschaft sind die Voraussetzungen, dass sich kurzfristige Wahlerfolge längerfristig

halten lassen. Operative Freiheiten der Parteiführung gehören ebenso dazu wie deren legitimatorische Absicherung an der Basis. Entscheidend dürfte schliesslich auch sein, dass es den Parteien gelingt, ausreichende finanzielle Ressourcen zu erschliessen, die ihnen mehr Sachkompetenz und Professionalität überhaupt erst ermöglichen.

Anmerkungen

- ¹ Zu den Klassikern zu zählen sind die Untersuchungen von Michels (1925) über oligarchische Tendenzen in Parteien, der «erste Schritt in Richtung einer allgemeinen Parteientheorie» von Duverger (1951), der Aufsatz Kirchheimers (1965) über den Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, die grundlegenden Gedanken über die Herausbildung und Verfestigung der Parteiensysteme von Lipset/Rokkan (1967) und der konzeptuelle Rahmen für die Analyse von Parteien von Sartori (1976).
- ² Ein Verzeichnis der Abkürzungen befindet sich in Anhang I.
- ³ Zum komplexen Verhältnis zwischen den Lokalsektionen und der Kantonalpartei vgl. Geser et al. (1994: 341ff).
- ⁴ In Belgien hat sich demgegenüber in den sechziger Jahren ein sprachlich segmentiertes Parteiensystem herausgebildet (Deschouwer 1994), und auch Kanada kennt eine sprachliche Segmentierung.
- ⁵ Etwas anders sieht es in den zweisprachigen Kantonen Freiburg, Wallis und auch Bern aus, wo es teilweise deutsch- und französischsprachige Sektionen von FDP, CVP und SP gibt.
- ⁶ Wie in zahlreichen Ländern Europas (vgl. Nohlen 1990: 247) wurde das Proporzwahlverfahren in der Schweiz 1919, nach dem ersten Weltkrieg, eingeführt. Auf kantonaler Ebene geschah dies teilweise schon wesentlich früher (vgl. Lutz et al. 1998). Die ersten nationalen Proporzwahlen führten zu einer massiven Veränderung der Kräfteverhältnisse. Die Radikalen (heute FDP) verloren 46 ihrer 104 Sitze. Zu den Gewinnern gehörten die Sozialdemokraten (SP) mit 41 Sitzen (+ 22 Sitze) und die Bauernpartei (SVP) mit 31 neuen Sitzen (vgl. Kriesi 1995: 142).
- ⁷ Dieser Zusammenhang gilt jedoch vor allem für die kleineren Gemeinden, in grösseren Gemeinden sind genügend andere Faktoren (heterogenere Bevölkerungszusammensetzung, grössere Zahl an zu besetzenden politischen Ämtern, Gemeindeparlament, verstärkte Politisierung durch Medienöffentlichkeit) wirksam, welche die Herausbildung von Parteien fördern.
- ⁸ Die FDP reichte ihre erste im Alleingang realisierte Volksinitiative «für eine ehe- und familien-gerechte Bundessteuer» 1987 ein. Die erste Initiative der SVP auf nationaler Ebene «gegen illegale Einwanderung» kam 1993 zustande. Allerdings dauerte es auch bei der GPS relativ lange, bis es zur Lancierung einer nationalen Initiative kam. Ihre «Tandem-Initiative» für ein flexibles Rentenalter ab 62 und Steuern auf nicht erneuerbarer Energie kam erst 1996 zustande.
- ⁹ Den arbeitsfreien 1. August verdankt die Schweiz beispielsweise der erfolgreichen Initiative der Schweizer Demokraten (SD) im Jahr 1993.
- ¹⁰ Für eine kritische Auseinandersetzung mit Sartoris Typologie vergleiche z.B. Reif (1984: 147ff), Gross/Siegelmann (1984: 478, Fn. 1) und Ware (1996: 168ff).
- ¹¹ Unterschiedlich präsentiert sich demgegenüber die Situation in den Kantonen. Wo sich wie in den Innerschweizer Kantonen UR, OW und NW in erster Linie CVP und FDP gegenüberstehen, ist der politische Raum relativ eng; dort, wo eine PdA oder eine grün-alternative Partei auf der einen und eine Freiheitspartei oder die Schweizer Demokraten auf der anderen Seite existieren, ist das politische Spektrum viel breiter. Kantone mit polarisierten Parteiensystemen sind GE, ZH, BE, BS, BL und NE.

Fortsetzung Anmerkungen

- ¹² Als Alternativen würden sich auch andere Dimensionen wie z.B. grün vs. anti-grün, Materialismus vs. Postmaterialismus, Gemeinschaft vs. Gesellschaft respektive die Einstellung zu konkreten politischen Sachfragen anbieten.
- ¹³ Dies widerspricht der These von der «neuen Tripolarität» des Schweizer Parteiensystems (vgl. Longchamp et al. 1995), die im Umfeld der Nationalratswahlen 1995 vorgebracht wurde.
- ¹⁴ Die gebräuchlichste Formel für die Polarisierung findet sich bei Lane/Ersson (1994: 178f). Die Schwierigkeit bei der Berechnung der Polarisierung besteht neben der Verortung der Parteien auf der Links-rechts-Achse vor allem darin, dass sich die politische Position der Parteien über die Zeit hinweg wandelt. Entsprechend müsste zu jedem Messzeitpunkt (Wahljahr) auch eine Verortung vorgenommen werden. Da kaum solche Daten vorhanden sind, wird in der Regel von der aktuellen Einschätzung ausgegangen.
- ¹⁵ Der *Landesring* kam 1967 mit 9.1 Prozent bis auf 1.9 Prozentpunkte an die SVP heran. 1971 wuchs die Differenz jedoch wieder auf 3.5 und 1975 auf 3.8 Prozentpunkte an. Heute liegt der Landesring unter der 2 Prozentgrenze. Die *Nationale Aktion* (3.2 Prozent) zusammen mit den *Republikanern* (4.3 Prozent) lagen 1971 3.6 und 1975 4.4 Prozentpunkte hinter der SVP zurück. In beiden Fällen schnitt der Landesring jedoch noch besser ab. Auch die *Grünen*, die nach den Wahlen 1991, an denen sie mit 6.1 Prozent bis auf 5.8 Prozentpunkte an die SVP herankamen, laut über einen Sitz im Bundesrat nachzudenken begannen, waren noch weit von der stimmen-schwächsten Bundesratspartei entfernt. Der ehemaligen Autopartei und heutigen *Freibeitspartei* gelang es lediglich 1991, die 5 Prozentgrenze zu übersteigen.
- ¹⁶ Unabhängig davon, dass die aggregierte Volatilität nicht zwangsläufig mit einem Wechsel der Parteisympathien auf individueller Ebene übereinstimmen muss, ist es - vor allem wenn daraus auf Wandlungstendenzen im Parteiensystem geschlossen wird - nicht ganz unwesentlich, welcher Zeitraum betrachtet wird.
- ¹⁷ Problematisch bei solchen Durchschnittswerten, wie sie hier für die europäischen Länder präsentiert werden, ist, dass nur die grossen Linien interpretiert werden können. Auch wenn in den einzelnen Ländern die gleichen Entwicklungen ablaufen (würden), so finden diese nicht gleichzeitig statt, so dass die Kurve «geglättet» wird.
- ¹⁸ 1935 erlitten FDP (- 3.2 %) und SVP (- 4.3 %) grosse Verluste, während der LdU (+ 4.1 %), die Jungbauern (+ 3.1 %) und die Frontisten (+ 1.5 %) Gewinne erzielten. 1939 fanden in vielen Kantonen stille Wahlen statt, so dass die Stimmenverschiebungen mit einem «strukturellen Fehler» behaftet sind. Zu den Verlierern gehörten FDP (- 3 %), CVP (- 3.3 %) und SP (- 2.1 %), zu den Gewinnern SVP (+ 3.8 %) und LdU (+ 2.9 %). 1943 wurden, was die vier grossen Parteien anbelangt, die durch die stillen Wahlen bedingten Verzerrungen wieder bereinigt. Dazu kommen die durch das Verbot bedingten Verluste der Kommunistischen Partei (- 2.6 %). 1947 stehen Gewinne der neugegründeten PdA (+ 5.1 %) Verlusten bei SP (-2.4 %) und bei den Jungbauern (- 2.1 %) gegenüber.
- ¹⁹ Dieser These wurde zwar von verschiedener Seite widersprochen. Als Argumente angeführt wurden dabei die Instabilität im Wählerverhalten (Dalton et al. 1984) und damit auch die Zunahme der Volatilität zu Beginn der 1970er Jahre (Pedersen 1979), die Erfolge neuer Parteien, allen voran der Grünen (Poguntke 1987, Müller-Rommel 1989) sowie andere Formen der Interessenvermittlung und -wahrnehmung (Lawson/Merkl 1988). Bartolini/Mair (1990) und Mair (1993) zeigen jedoch demgegenüber, dass die Volatilität seit den 1970er Jahren deutlich unter der Volatilität in der Zwischenkriegszeit liegt. Wenn man zudem nicht die einzelnen politischen Parteien, sondern politische Lager berücksichtigt, so lässt sich, zumindest für den «Block» der linken Parteien nicht nur eine grosse Stabilität, sondern gar ein leichter Rückgang der Volatilität feststellen.
- ²⁰ Der erste Kanton, in dem Parteien entstanden sind, war St. Gallen, gefolgt von Baselland, Luzern, Wallis, Waadt und Bern (Gruner 1964: 275).
- ²¹ Der erste Vertreter der Katholisch-Konservativen wurde 1891 in den Bundesrat aufgenommen.

Fortsetzung Anmerkungen

- ²² Eine Zusammenstellung der Gründungsjahre der Schweizer Parteien befindet sich in Anhang II.
- ²³ Eine zweite Gründungswelle verzeichneten die Bundesratsparteien zwischen 1970 und 1990. Mehr als 20 Prozent der heute bestehenden Lokalsektionen wurden in den siebziger Jahren gegründet. Aufgeschlüsselt nach Parteien waren es etwas mehr als 30 Prozent der CVP-, mehr als 20 Prozent der SVP-, gegen 20 Prozent der FDP- und etwas mehr als 10 Prozent der SP-Lokalsektionen. In den achtziger Jahren ging die Zahl der Neugründungen bereits wieder etwas zurück (Ladner 1996: 5).
- ²⁴ Für Entstehung und Entwicklung der Schweizer Parteien siehe vor allem Gruner (1977), Pieth (1978), Gruner (1981), Klöti/Risi (1988), Jacobs (1989), Tschäni (1990), Schneider (1994). Ganz besonders wertvoll sind auch seit 1966 die entsprechenden Kapitel im «Année politique suisse».
- ²⁵ Die Christlichsozialen existieren sowohl als eigenständige Parteigruppen innerhalb der CVP (beispielsweise im Oberwallis und in Obwalden), als Christlichsoziale Parteilisten, welche ihre Wahllisten regelmässig mit der CVP verbinden und als christlichsoziale Parteien, die in offener Distanz zur CVP stehen (wie beispielsweise die CSP-Jura, die CSP-Freiburg, die CSP-Graubünden und die CSP-Zürich) (vgl. Bundesamt für Statistik 1995: 12). Bereits 1976 wurde ohne grosse Erfolge ein Versuch unternommen, eine gesamtschweizerische CSP zu gründen. 1997 wurde ein zweiter Anlauf in dieselbe Richtung gestartet. Beteiligt waren vor allem die CSP-Kantonalparteien Luzern, Fribourg und Jura sowie die CSP-Stadt Zürich.
- ²⁶ 1969 gründeten in Lausanne ausgeschlossene PdA-Mitglieder die «Revolutionäre Marxistische Liga» (RML), die Mitglied der trotzkistischen 4. Internationalen war. Die dogmatisch auftretende RML verurteilte ursprünglich jede Teilnahme an Exekutivwahlen. Erst im Gefolge der Jugendunruhen in den achtziger Jahren begann sie sich langsam zu öffnen und versuchte, eine sozialistische Oppositionsbewegung links von der SP zu lancieren, wobei die Partei selbst immer stärker in den Hintergrund trat und sich 1989 als nationale Partei auflöste. Mitte der neunziger Jahre machen in der Westschweiz (GE, VD) ehemalige Aktivisten der SAP wieder von sich Reden. Zusammen mit anderen dissidenten Linken und Gewerkschaftern sowie einigen Grün-alternativen gelingen ihnen unter dem Namen Solidarité für ihre bescheidenen Verhältnisse grössere Wahlerfolge.
- ²⁷ Weniger dogmatisch in ihrer Grundveranlagung, gelang es der anfangs der siebziger Jahre gegründeten POCH (vgl. auch Blum 1986) zu Beginn der achtziger Jahre als Partei der sozialen Bewegungen aufzutreten. Die Progressiven wollten auf ein Bündnis mit verschiedenen ökologischen und alternativen Bewegungen hinarbeiten (Année politique 1982: 205f). Dennoch wurden die POCH Mitte der achtziger Jahre von den Grünen überholt (Bern, Zürich) und der Auflösungsprozess ins Grüne Bündnis setzte ein. 1993 löste sich mit der POCH Basel die letzte Sektion auf.
- ²⁸ Die «professional-electoral party» hat viele Gemeinsamkeiten mit der «catch-all party», sie basiert jedoch nicht auf der falschen Vorhersage von Kirchheimer, dass sich die westeuropäischen Parteiensysteme zu Zweiparteiensystemen entwickeln werden.
- ²⁹ Ob es sich bei der «cartel party» effektiv um einen neuen «Entwicklungstyp» handelt, ist jedoch nicht unumstritten (vgl. Koole 1996).
- ³⁰ Eine Vorreiterrolle kam dabei der CVP zu. Der Kurs, den sie bei ihrer Statutenreform im Dezember 1970 einschlug, diente den anderen Parteien als Anregung (vgl. Gruner 1977: 308).
- ³¹ Dies zeigt sich nicht zuletzt auch in der Namengebung. Die Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei der Schweiz (KCVPS) verzichtete 1970 auf das konservative Element und wurde zur Christlichdemokratischen Volkspartei der Schweiz und die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) wurde 1971 schlicht und einfach zur Schweizerischen Volkspartei (SVP).
- ³² Seit 1977 schreibt sich die FDP mit einem grossen «D». Sie will damit die Bedeutung der partei-internen Demokratie unterstreichen (Dietschi 1979: 404).
- ³³ Die Präsidenten der Kantonalparteien bestätigen diesen Eindruck. Rund 60 Prozent geben den operativen Freiheiten der Parteiführung gegenüber Mitsprache und Mitwirkung der Basis Prio-

Fortsetzung Anmerkungen

- rität. Vor allem bei den SP-Kantonalparteien hat in den letzten Jahren diesbezüglich eine Gewichtsverlagerung stattgefunden.
- ³⁴ Lediglich etwas mehr als 40 Prozent der CVP und knapp 60 Prozent der FDP Lokalsektionen kannten 1990 eine formalisierte Mitgliedschaft. Deutlich höher lag der Anteil bei der SVP mit rund drei Viertel und bei der SP mit klar mehr als 80 Prozent (vgl. Geser et al. 1994: 141).
- ³⁵ Die Prozentanteile liegen etwas zu hoch, da sich bei solchen Umfragen in der Regel die aktiveren und politisch interessierteren Bürgerinnen und Bürger stärker beteiligen.
- ³⁶ Vgl. Fussnote 31.

Literaturverzeichnis

- ANNÉE POLITIQUE SUISSE (div. Jg.). *Jährliche Chronik zur Schweizerischen Politik seit 1965*. Herausgegeben vom Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern.
- ARMINGEON, Klaus (1995). Der Schweizer Rechtsextremismus im internationalen Vergleich, in: *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft* 1(4): 41–64.
- ARMINGEON, Klaus (1998). Es gibt sie doch, die Schweizer Wahlen! Die Unterschiedlichkeit des Wahlverhaltens zwischen Kantonen im internationalen Vergleich, in: Hanspeter KRIESI, Wolf LINDER und Ulrich KLÖTI (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1995. Ergebnisse der Wahlstudie Selects*. Bern: Haupt, 273–295.
- AYBERK, Ural et al. (1991). *Les partis politiques à coeur ouvert*. Lausanne: L.E.P.
- BALLMER-CAO, Thanh-Huyen und Ruth WENGER (1989). *L'élite politique féminine en Suisse*. Zürich: Seismo.
- BARTOLINI, Stefano und Peter MAIR (1990). *Identity, competition, and electoral availability. The stabilisation of European electorates 1885–1985*. Cambridge: Cambridge University Press.
- BARTOLINI, Stefano, CARAMANI, Daniele und Simon HUG (1998). *Parties and Party Systems in Western Europe since 1945. A Bibliographical Guide to the Literature on CD-ROM*. London: Sage.
- BLUM, Roger (1986). Wandel und Konstanten bei den Progressiven Organisationen (POCH) 1971–1986, in: *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft* 1986. Bern: Haupt, 119–150.
- BRÄNDLE, Michael (1997). *Ideologien im Wandel? Eine Analyse der Wahlprogramme der Schweizer Parteien FDP, CVP, SVP und SPS 1947–1995*. Institut für Politikwissenschaft Universität Bern. Lizentiatsarbeit.
- BUDGE, Ian, ROBERTSON, David und Derek HEARL (eds.) (1987). *Ideology, Strategy and Party Change: Spatial Analyses of Post-War Election Programs in 19 Democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- BUNDESAMT FÜR STATISTIK (1989). *Nationalratswahlen 1987*. Bern: Bundesamt für Statistik.
- BUNDESAMT FÜR STATISTIK (1995). *Nationalratswahlen 1995. Der Wandel der Parteienlandschaft seit 1971*. Bern: Bundesamt für Statistik.
- CARAMANI, Daniele und Simon HUG (1998). The literature on European parties and party systems since 1945: A quantitative analysis, in: *European Journal of Political Research*, 33: 497–524.
- DAALDER, Hans und Peter MAIR (eds.) (1983). *Western European Party Systems*. London: Sage.
- DALTON, Russel J., FLANAGAN, Scott C. und Paul A. BECK (1984). *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment?* Princeton: University Press.
- DESCHOUWER, Kris (1994). The Decline of Consociationalism and the Reluctant Modernization of Belgian Mass Parties, in: Richard S. KATZ und Peter MAIR (eds.). *How Parties Organize*. London: Sage, 109–133.
- DIETSCHI, Eugen (1979). *60 Jahre eigenössische Politik. Ein Beitrag zur Parteigeschichte des schweizerischen Freisinns*. Bern: FdP.
- DUVERGER, Maurice (1951). *Les partis politiques*. Paris: Colin.
- DUVERGER, Maurice (1959). *Die politischen Parteien*. Tübingen. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).
- EPSTEIN, Leon D. (1967). *Political Parties in Western Democracies*. New York: Praeger.
- FAGAGNINI, H. P. (1978). Die Rolle der Parteien auf kantonaler Ebene, in: *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft*, 75–94.
- FARAGO, Peter (1996). *Wahlen 95. Swiss electoral studies*. Forschungsgemeinschaft der politikwissenschaftlichen Institute der Universitäten Bern, Genf und Zürich.
- FINGER, Matthias und Pascal SCLARINI (1991). Integrating 'new politics' into 'old politics': The Swiss party elite, in: *West European Politics*, January: 98–112.
- FISCHER, Anton (1988). Democratic Centralism in a Federalist Environment. The Swiss Party of Labor, in: Michael WALLER und Fennema MEINDERT (eds.). *Communist Parties in Western Europe. Decline or Adaptation?* Oxford: Basil Blackwell, 212–223.
- GALLAGHER, Michael, LAVER, Michael und Peter MAIR (1995). *Representative Government in Modern Europe*. New York: McGraw-Hill.
- GESER, Hans (1997). The Persistence of Confessional Political Cultures in Switzerland: Some Puzzling Empirical Evidence from Local Parties, in: *Swiss Political Science Review* 3(2): 1–29.
- GESER, Hans, LADNER, Andreas, SCHALLER, Roland und Thanh-Huyen BALLMER-CAO (1994). *Die Schweizer Lokalparteien*. Zürich: Seismo.
- GROSS, D. A. und L. SIEGELMANN (1984). Comparing Party Systems: A Multidimensional Approach, in: *Comparative Politics*, 16: 463–79.
- GRUNER, Erich (1964). Eigentümlichkeiten der schweizerischen Parteienstruktur, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Juli: 203–217.
- GRUNER, Erich (1969). *Die Parteien in der Schweiz*. Bern: Helvetia Politica Series B, Vol. 4.
- GRUNER, Erich (1977). *Die Parteien der Schweiz*. 2. Auflage. Bern: Francke.
- GRUNER, Erich (1981). Schweiz, in: F. WENDE (Hrsg.). *Lexikon zur Geschichte der Parteien*. Stuttgart: Kröner, 599–625.
- GRUNER, Erich (1984). Parteien, in: Ulrich KLÖTI (Hrsg.). *Handbuch Politisches System der Schweiz*. Band 2. Bern: Haupt, 135–162.
- HUBER, John und Ronald INGLEHART (1995). Expert interpretations of party space and party locations in 42 societies, in: *Party Politics*, Vol. 1, No. 1: 73–111.
- HUG, Simon (1994). La cohésion des partis fédéraux dans la phase référendaire, in: Yannis PAPAPOPOULOS (éd.). *Elites politiques et peuple en Suisse. Analyse des votations fédérales: 1970–1987*. Lausanne: réalités sociales, 85–112.
- HUG, Simon (1996). The emergence of new political parties from a game theoretic perspective, in: *European Journal of Political Research* 29(2): 169–190.
- JACOBS, Francis (1989). Switzerland, in: *Western European Political Parties. A Comprehensive Guide*. Essex: Longman, 636–673.
- JOST, H.-U. (1986). Crise historique du parti politique, in: Wolf LINDER (Hrsg.). *Politische Parteien und neue Bewegungen*. Bern: Haupt, 317–332.
- KATZ, Richard S. und Peter MAIR (1990). Three Faces of Party Organization. Adaption and Change, paper prepared for the *XII World Congress of Sociology in Madrid*. EPRU Working Papers.
- KATZ, Richard S. und Peter MAIR (1992a). *Party Organizations. A Data Handbook*. London: Sage.
- KATZ, Richard S. und Peter MAIR (1992b). The membership of political parties in European democracies 1960–1990, in: *European Journal of Political Research*, 22: 329–345.
- KATZ, Richard S. und Peter MAIR (1993). The Evolution of Party Organizations in Europe: The Three Faces of Party Organization, in: *The American Review of Politics*, Vol. 14, Winter: 593–617.
- KATZ, Richard S. und Peter MAIR (1994). *How Parties Organize: Change and Adaption in Party Organizations in Western Democracies*. London: Sage.
- KATZ, Richard S. und Peter MAIR (1995). Changing Models of Party Organization and Party Democracy: the Emergence of the Cartel Party, in: *Party Politics*, 1:1: 5–28.
- KERR, Henry H. (1987). The Swiss Party System: Steadfast and Changing, in: Hans DAALDER (éd.). *Party Systems in Denmark, Austria, Switzerland, the Netherlands, and Belgium*. London: Frances Pinter, 107–192.
- KIRCHHEIMER, Otto (1965). Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 6. Jg., Heft 1: 20–41.
- KLINGEMANN, Hans-Dieter (1995). Party Positions and Voter Orientations, in: Hans-Dieter KLINGEMANN und Dieter FUCHS (eds.). *Citizens and the State. Beliefs in Government*. Vol. I. Oxford: Oxford University Press, 183–205.
- KLINGEMANN, Hans-Dieter und Dieter FUCHS (eds.) (1995). *Citizens and the State. Beliefs in Government*. Vol. I. Oxford: Oxford University Press.

- KLÖTI, Ulrich (1985). Liberalismus vor neuen Werten und Themen. Schweizer Sonderentwicklung, in: *Schweizer Monatshefte*, März: 185–192.
- KLÖTI, Ulrich (1998). Kantonale Parteiensysteme. Bedeutung des kantonalen Kontexts für die Positionierung der Parteien, in: Hanspeter KRIESI, Wolf LINDER und Ulrich KLÖTI (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1995. Ergebnisse der Wahlstudie Selects*. Bern: Haupt, 45–72.
- KLÖTI, Ulrich und Franz Xaver RISI (1988). Zum Vergleich: Neueste Entwicklungen im Parteiensystem der Schweiz, in: Anton PELINKA und Fritz PLASSER (Hrsg.). *Das Österreichische Parteiensystem*. Wien: Böhlau Verlag, 717–738.
- KOOLE, Ruud (1996). Report: Cadre, Catch-all or Cartel? A Comment on the Notion of the Cartel Party, in: *Party Politics*, Vol. 2, No. 4: 507–521.
- KRIESI, Hanspeter (1986). Perspektiven neuer Politik: Parteien und neue soziale Bewegungen in: *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft*. Bern: Haupt, 333–350.
- KRIESI, Hanspeter (Hrsg.) (1993). *Citoyenneté et démocratie directe. Compétence, participation et décision des citoyens et citoyennes suisses*. Zürich: Seismo.
- KRIESI, Hanspeter (1994). *Les démocraties occidentales. Une approche comparée*. Paris: Economica.
- KRIESI, Hanspeter (1995). *Le système politique suisse*. Paris: Economica.
- KRIESI, Hanspeter (1998). The transformation of cleavage politics: The 1997 Stein Rokkan Lecture, in: *European Journal of Political Research*, 33: 165–185.
- KRIESI, Hanspeter, LINDER, Wolf und Ulrich KLÖTI (Hrsg.) (1998). *Schweizer Wahlen 1995. Ergebnisse der Wahlstudie Selects*. Bern: Haupt.
- LAAKSO, Markku und Rein TAAGEPERA (1979). Effective number of parties. A Measure with Application to West Europe, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 12, 1. April: 3–27.
- LADNER, Andreas (1989). Switzerland: Green and Alternative Parties, in: Ferdinand MÜLLER-ROMMEL (Hrsg.). *New Politics in Western Europe: The Rise and the Success of Green Parties and Alternative Lists*. London: Westview Press, 155–165.
- LADNER, Andreas (1991). *Politische Gemeinden, kommunale Parteien und lokale Politik. Eine empirische Untersuchung in den Gemeinden der Schweiz*. Zürich: Seismo.
- LADNER, Andreas (1996). Die Schweizer Lokalparteien im Wandel. Aktuelle Entwicklungstendenzen gefährden die politische Stabilität, in: *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft*, Vol. 2, Spring: 1–22.
- LADNER, Andreas (1997). Die Schweizer Lokalparteien – Eckpfeiler der politischen Stabilität, in: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 23(1): 165–193.
- LADNER, Andreas und Michael BRÄNDLE (1997). Does direct democracy matter for political parties? Paper prepared for the 25th joint session of the ECPR in Bern.
- LANE, Jan-Erik und Svante O. ERSSON (1994). *Politics and Society in Western Europe*. London: Sage. 3rd Edition.
- LANE, Jan-Erik und Svante O. ERSSON (1996). *European Politics. An Introduction*. London: Sage.
- LAWSON, K. and P. M. MERKL (1988). *When Parties Fail: Emerging Alternative Organizations*. Princeton: Princeton University Press.
- LIEBIG, Brigitte (1997). *Geschlossene Gesellschaft. Aspekte der Geschlechterungleichheit in wirtschaftlichen und politischen Führungsgremien in der Schweiz*. Zürich: Rüegger.
- LINDER, Wolf (1998). Partei-, Persönlichkeits-, Europa- oder Traditionswahl? – Eine systematische Untersuchung des Einflusses der Sachthemen auf den Wahlentscheid, in: Hanspeter KRIESI, Wolf LINDER und Ulrich KLÖTI (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1995. Ergebnisse der Wahlstudie Selects*. Bern: Haupt, 131–160.
- LINDER, Wolf (1999). *Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven*. Bern: Haupt.
- LIPSET, S. M. and Stein ROKKAN (1967). Cleavages Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction. in: S. M. LIPSET and Stein ROKKAN (eds.). *Party Systems and Voter Alignments*. New York: Free Press, 1–64.
- LONGCHAMP, Claude (1994). *Unterstützung von Bundesrat und Verwaltung. Wandlungen im Verhältnis von Bürgerschaft und Regierung in der Mitte der 90er Jahre als eine Herausforderung an eine offene Staatstätigkeit*. Zürich: GfS-Forschungsinstitut und Bundeskanzlei und EJPD Bern.
- LONGCHAMP, Claude et al. (1995). *Hin zur Tripolarität im Parteiensystem der Schweiz. Eine Erstanalyse der Nationalratswahlen vom 22. Oktober 1995*. GfS-Forschungsinstitut, Büro Bern.
- LUTZ, Georg und Dirk STROHMANN (1998). *Wahl- und Abstimmungsrecht in den Kantonen*. Bern: Haupt.
- MACKIE, Tom and Richard ROSE (1991). *The International Almanac of Electoral History*. London: Macmillan.
- MACKIE, Tom and Richard ROSE (1997). *A Decade of Election Results: Updating the International Almanac*. Glasgow: University of Strathclyde.
- MAIR, Peter (1990). Introduction, in: Peter MAIR (ed.). *The West European Party System*. Oxford: University Press, 1–22.
- MAIR, Peter (1993). Myths of electoral change and the survival of traditional parties, in: *European Journal of Political Research*, 24: 121–133.
- MAIR, Peter (1994). Party Organizations: From Civil Society to the State, in: Richard S. KATZ and Peter MAIR (eds.). *How Parties Organize: Change and Adaptation in Party Organizations in Western Democracies*. London: Sage, 1–22.
- MICHELS, Robert (1925). *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*. 2. Auflage, (1. Auflage 1911). Stuttgart: Alfred Kröner.
- MÜLLER-ROMMEL, Ferdinand (ed.) (1989). *New Politics in Western Europe: The Rise and Success of Green Parties and Alternative Lists*. Boulder: Westview Press.
- NABHOLZ, Ruth (1998). Das Wählerverhalten in der Schweiz: Stabilität oder Wandel? Eine Trendanalyse von 1971–1995, in: Hanspeter KRIESI, Wolf LINDER und Ulrich KLÖTI (Hrsg.). *Schweizer Wahlen 1995. Ergebnisse der Wahlstudie Selects*. Bern: Haupt, 17–43.
- NEIDHART, L. (1986). Funktions- und Organisationsprobleme der schweizerischen Parteien, in: *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft*, Bern: Haupt, 21–46.
- NEUMANN, Sigmund (Hrsg.) (1956). *Modern Political Parties. Approaches to Comparative Politics*. Chicago: Chicago University Press.
- NIEDERMAYER, O und H. SCHMITT (1983). Sozialstruktur, Partizipation und politischer Status, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 24. Jg., Heft 3: 293–310.
- NOHLEN, Dieter (1990). *Wahlrecht und Parteiensystem*. Opladen: Leske, UTB.
- PANEBIANCO, Angelo (1988). *Political Parties: Organization and Power*. Cambridge: Cambridge University Press.
- PAPADOPOULOS, Yannis (1991). Quel rôle pour les petits partis dans la démocratie dirigée?, in: *Annuaire suisse de science politique*, 31: 131–150.
- PEDERSEN, M. (1979). The Dynamics of European Party Systems: Changing Patterns of Electoral Volatility, in: *European Journal of Political Research*, 7: 1–26.
- PIETH, Reto (1978). Schweiz, in: Joachim RASCHKE (Hrsg.). *Die politischen Parteien in Westeuropa. Geschichte – Programme – Praxis. Ein Handbuch*. Hamburg: Rowohlt, 478–495.
- POGUNTKE, Thomas (1987). The Organization of a Participatory Party – the German Greens, in: *European Journal of Political Research*, 15: 609–633.
- RAE, Douglas (1967). *The Political Consequences of Electoral Laws*. New Haven: Yale University.
- REBEAUD, Laurent (1987). *Die Grünen in der Schweiz*. Bern: Zytglogge.
- REIF, Karlheinz (Hrsg.) (1978). *Die mittlere Führungsschicht politischer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*. Mannheim: Universität Mannheim.
- REIF, Karlheinz (1984). Konsolidierungszeitpunkt, Polarisierung, Bipolarität. Einige Anmerkungen zu Rokkan, Sartori und dem Wandel europäischer Parteiensystemen, in: Jürgen FALTER et al. (Hrsg.) *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Verhandlungen der Fachta-*

- gung der DVPW vom 11.– 13. Oktober 1983 in Mannheim. Opladen: Westdeutscher Verlag, 142–152.
- REIF, Karlheinz, CAYROL, R. and O. NIEDERMAYER (1980). National Politics Parties Middle-Level Elites and European Integration, in: *European Journal of Political Research*, 8: 91–112.
- RHINOW, René R. (1986). Funktionen und Probleme der politischen Parteien in der Schweiz, in: *recht*, Heft 4: 105–119.
- RICKENBACHER, Iwan (1995). *Politische Kommunikation*. Bern: Haupt.
- SARTORI, G. (1976). *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*, Vol. I. Cambridge: Cambridge University Press.
- SCARROW, Susan E. (1994). The 'paradox of enrollment': Assessing the costs and benefits of party memberships, in: *European Journal of Political Research*, 25: 41–60.
- SCHMITT, Hermann (1984). Zur Links-Rechts-Polarisierung in mittleren Parteiführungsschichten und Wählerschaft in 10 europäischen Parteiensystemen, in: Jürgen FALTER et al. (Hrsg.). *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Verhandlungen der Fachtagung der DVPW vom 11.– 13. Oktober 1983 in Mannheim*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 205–215.
- SCHMITT, Hermann and Sören HOLMBERG (1995). Political Parties in Decline?, in: Hans-Dieter KLINGEMANN and Dieter FUCHS (eds.). *Citizens and the State*. New York: Oxford University Press, 95–133.
- SCHNEIDER, Boris (1994). Entstehung der Parteien, in: *Staatsbürger*, 6: 3–5.
- SCIARINI, Pascal et al. (1994). *Die Kader der Schweizer Parteien*. Zürich: Seismo.
- SEGESSER, Jürg et al. (Hrsg.) (1996). *Neues Staatskundelexikon*. Aarau: Verlag Sauerländer und Zürich: saba AG, Verlagsinstitut für Lehrmittel.
- SEILER, D.-L. (1987). Enjeux et partis politiques en Suisse, in: *Pouvoirs*, 43: 115–138.
- SMITH, Gordon (1989). *Politics in Western Europe. A Comparative Analysis*. 5th Edition. New York: Holmes & Meier.
- TSCHÄNI, Hans (1990). *Das neue Profil der Schweiz. Konstanz und Wandel in einer alten Demokratie*. Zürich: Werd Verlag.
- WARE, Alan (1996). *Political Parties and Party Systems*. New York: Oxford University Press.
- WIESLI, Reto (1999). Schweiz: Miliz-Mythos und unvollkommene Professionalisierung, in: Jens BORCHERT (Hrsg.). *Politik als Beruf: Die politische Klasse in westlichen Demokratien*. ZENS – Europa- und Nordamerikastudien 5. Opladen: Leske + Budrich, im Erscheinen.

Anhang I: Abkürzungsverzeichnis

AP	Autopartei (ab 1994 FPS)
CSP	Christlich-soziale Partei
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz
DACH	Die andere Schweiz
EDU	Eidgenössisch-Demokratische Union
EVP	Evangelische Volkspartei der Schweiz
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
FGA	Feministische und grün-alternative Gruppierungen
FPS	Freiheitspartei der Schweiz (bis 1994 AP)
FRAP	Frauen macht Politik!
Front	Nationale Front - Frontisten
GBS	Grünes Bündnis Schweiz
GPS	Grüne Partei der Schweiz
Grüt	Grütlianner
JungB	Bauernheimatbewegung (Jungbauern)
LdU	Landesring der Unabhängigen
Lega	Lega dei Ticinesi (nur Kanton TI)
LPS	Libérale Partei der Schweiz
LSOZ	Liberalsozialisten - Freiwirtschaftler
NA	Nationale Aktion (ab 1990 SD)
PdA	Partei der Arbeit
POCH	Progressive Organisationen der Schweiz
PSA	Partito socialista autonomo (nur Kanton TI)
Rep.	Republikaner
SD	Schweizer Demokraten (bis 1990 NA)
SGA	Sozialistisch-Grüne Alternative
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz (häufig auch nur kurz SP)
SVP	Schweizerische Volkspartei

Anhang II: *Gründungsdaten der Schweizer Parteien auf nationaler Ebene, Auflösungen und Umbenennungen*

SP	1888	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
FDP	1894	Freisinnig-Demokratische Partei
CVP	1912	Konservative Volkspartei, Katholische Volkspartei (KK)
	1957	Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei der Schweiz (KCVPS).
	1970	Christlichdemokratische Volkspartei
LPS	1913	Liberale Demokratische Partei
	1961	Liberal-Demokratische Union der Schweiz (LIDUS)
	1977	Liberale Partei der Schweiz
EVP	1919	Evangelische Volkspartei
PdA	1921	Kommunistische Partei der Schweiz (1939 verboten)
	1943	Arbeiterpartei/Parti ouvrier
	1944	Partei der Arbeit
SVP	1936	Schweizerische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB)
	1971	Schweizerische Volkspartei
LdU	1936	Landesring der Unabhängigen
SD	1961	Nationale Aktion (NA)
	1990	Schweizer Demokraten
Rep	1971	Republikaner (aufgelöst 1989)
SAP	1969	Revolutionäre Marxistische Liga (RML)
	1980	Sozialistische Arbeiterpartei (aufgelöst 1989)
POCH	1971	Progressive Organisationen (aufgelöst 1993)
EDU	1975	Eidgenössisch-Demokratische Union
GPS	1983	Föderation der grünen Parteien der Schweiz
	1986	Grüne Partei der Schweiz (GPS)
	1993	Grüne - Grüne Partei der Schweiz
FPS	1985	Autopartei (AP)
	1994	Freiheits-Partei der Schweiz (FPS)
Lega	1991	Lega dei Ticinesi

3.2 Les mouvements sociaux: structures, processus et conséquences¹

Marco Giugni,
Laboratoire de Recherches sociales et politiques appliquées (RESOP) et
Département de science politique, Université de Genève

Table des matières

1	Mouvements sociaux: définition, dimensions et approches	262
2	Les structures	264
3	Les processus	279
4	Les conséquences: en guise de conclusion	286